

Wir hören es täglich aus den von den westlichen Besatzungsmächten finanzierten Zeitungen „Tagesspiegel“, „Telegraf“, „Neue Zeitung“, „Die Welt“, „Der Tag“, „Sozialdemokrat“, „Volksblatt“ und den anderen im Westen erscheinenden Zeitungen, die ganz offen zum Kriege gegen die Sowjetunion hetzen und den tollsten Schwindel über die Sowjetunion verbreiten. Und wieder finden sich Menschen, die diesen Schwindel glauben und sich von dieser Kriegshetze beeinflussen lassen. Und das wird gerade bei den Umsiedlern versucht, denen im Westen Deutschlands an Stelle von Arbeit, Nahrung und Existenz die Propaganda für den Krieg durch einen unerhörten Massenbetrug geboten wird. Wieder sollen sie den imperialistischen Mächten als Kanonenfutter dienen. Wie ihnen durch den Hitlerkrieg die alte Heimat genommen wurde, so würde ihnen durch einen neuen Krieg auch ihre neue Heimat zerstört werden, und sie würden schließlich im Massengrab die ewige Ruhe finden.

Wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, warnen wieder mit aller Eindringlichkeit vor der Gefahr, in der sich das deutsche Volk befindet. Wir warnen vor den Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Westmächte, insbesondere vor dem amerikanischen Imperialismus, der sich durch einen neuen Krieg Europa unterwerfen will. Wir warnen vor deutschen Politikern, die im Dienste der imperialistischen Westmächte stehen, die Deutschland an diese Mächte verraten und durch ihre Hetze gegen die Sowjetunion den Krieg vorbereiten helfen. Das sind keine Freunde der Umsiedlermassen, sondern ihre schlimmsten Feinde, weil sie sich als Freunde ausgeben, aber in der gemeinsten Weise die wahren nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes preisgeben.

Wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, wollen und müssen den Umsiedlern eine neue Heimat verschaffen und ihnen mit allen Kräften behilflich sein, aus ihrer Not herauszukommen. Sie müssen Land, Wohnung, Arbeit, Nahrung und Kleidung erhalten. Es muß ihnen die volle politische Gleichberechtigung in Staat und Gemeinde gegeben und ihren Kindern jede Möglichkeit der schulischen, technischen und wissenschaftlichen Ausbildung verschafft werden. Das ist unser fester Grundsatz und Wille. Daß es sich hierbei nicht nur um Forderungen und Versprechungen

Wer hilft den Umsiedlern?

*Aus der Rede auf der großen Umsiedlerkundgebung in Berlin
am 12. August 1949*

Von der Not, die durch den Hitlerkrieg über das deutsche Volk gebracht wurde, sind wohl am schlimmsten die Menschen betroffen, die durch den Hitlerkrieg ihre Heimat verloren haben. Es sind das die annähernd zwölf Millionen Menschen aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße, die nach dem übrigen Teil Deutschlands umgesiedelt wurden.

Es ist nur zu verständlich, daß sie darüber besonders unglücklich und von der Hoffnung erfüllt sind, daß sie doch wieder in ihre alte Heimat zurückkehren werden. Dieses Unglück und diese Hoffnung werden nun zu einem großen Massenbetrug an den Umsiedlern benutzt, und zwar von Politikern, die im Dienste der westlichen Besatzungsmächte die Empörung der Umsiedler für reaktionäre Pläne und sogar für einen neuen Krieg ausnutzen wollen. Das ist eine große Gefahr für Deutschland, für das deutsche Volk und damit auch für die Umsiedler selbst.

Darum ist ein wahrhaftes offenes und ehrliches Wort an die Umsiedler dringend vonnöten. Es kann nicht zugelassen werden, daß sie in ein noch größeres Elend hineingetrieben werden. Es muß ihnen der Zusammenhang klargemacht werden, wieso sie in diese unglückliche Lage gekommen sind. Sie müssen die wahren Ursachen erkennen, um die richtigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Der Hitlerfaschismus hat durch seinen Krieg nicht nur die Umsiedler, sondern das ganze deutsche Volk in große Not und unermessliches Elend gebracht. Es sind nicht nur die Millionen Tote, es ist die Zerstörung von vielen Städten und Dörfern und Betrieben durch die Bombardierungen, und es ist die völlige Deformierung der Wirtschaft, ihre ausschließliche Einstellung auf die Kriegsproduktion, die die große Not des deutschen Volkes hervorgerufen haben.

Wir hören es täglich aus den von den westlichen Besatzungsmächten finanzierten Zeitungen „Tagesspiegel“, „Telegraf“, „Neue Zeitung“, „Die Welt“, „Der Tag“, „Sozialdemokrat“, „Volksblatt“ und den anderen im Westen erscheinenden Zeitungen, die ganz offen zum Kriege gegen die Sowjetunion hetzen und den tollsten Schwindel über die Sowjetunion verbreiten. Und wieder finden sich Menschen, die diesen Schwindel glauben und sich von dieser Kriegshetze beeinflussen lassen. Und das wird gerade bei den Umsiedlern versucht, denen im Westen Deutschlands an Stelle von Arbeit, Nahrung und Existenz die Propaganda für den Krieg durch einen unerhörten Massenbetrug geboten wird. Wieder sollen sie den imperialistischen Mächten als Kanonenfutter dienen. Wie ihnen durch den Hitlerkrieg die alte Heimat genommen wurde, so würde ihnen durch einen neuen Krieg auch ihre neue Heimat zerstört werden, und sie würden schließlich im Massengrab die ewige Ruhe finden.

Wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, warnen wieder mit aller Eindringlichkeit vor der Gefahr, in der sich das deutsche Volk befindet. Wir warnen vor den Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Westmächte, insbesondere vor dem amerikanischen Imperialismus, der sich durch einen neuen Krieg Europa unterwerfen will. Wir warnen vor deutschen Politikern, die im Dienste der imperialistischen Westmächte stehen, die Deutschland an diese Mächte verraten und durch ihre Hetze gegen die Sowjetunion den Krieg vorbereiten helfen. Das sind keine Freunde der Umsiedlermassen, sondern ihre schlimmsten Feinde, weil sie sich als Freunde ausgeben, aber in der gemeinsten Weise die wahren nationalen, wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes preisgeben.

Wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, wollen und müssen den Umsiedlern eine neue Heimat verschaffen und ihnen mit allen Kräften behilflich sein, aus ihrer Not herauszukommen. Sie müssen Land, Wohnung, Arbeit, Nahrung und Kleidung erhalten. Es muß ihnen die volle politische Gleichberechtigung in Staat und Gemeinde gegeben und ihren Kindern jede Möglichkeit der schulischen, technischen und wissenschaftlichen Ausbildung verschafft werden. Das ist unser fester Grundsatz und Wille. Daß es sich hierbei nicht nur um Forderungen und Versprechungen

handelt, haben wir in der sowjetischen Besatzungszone durch die Tat bewiesen. Es ist damit noch nicht alles zum besten bestellt, besonders mit den Wohnverhältnissen. Aber es wird ernsthaft daran gearbeitet, die bestehenden Mängel zu beheben, und vieles wurde schon geschaffen.

4,3 Millionen Umsiedler wurden in der sowjetischen Besatzungszone mit allen politischen Rechten eingebürgert. Sie machen ein Viertel der gesamten Bevölkerung in der Zone aus. 20 Millionen Quadratmeter Wohnfläche konnten ihnen bis zum 31. März 1949 zur Verfügung gestellt werden. In schnellem Tempo wird an der Schaffung weiteren Wohnraumes gearbeitet.

Von größter Bedeutung für die Behebung der Not der Umsiedler ist die Überweisung von Land an die bäuerlichen Umsiedlerfamilien. An der durch die demokratische Bodenreform zur individuellen Nutzung verteilten Bodenfläche von 2,2 Millionen Hektar sind die Umsiedlerfamilien mit 762 300 Hektar, das heißt mit mehr als einem Drittel der gesamten Fläche, beteiligt. 90 500 Umsiedler-Neubauernstellen konnten errichtet werden, durch die 348 000 Umsiedler einschließlich ihrer Angehörigen seßhaft wurden. Ihnen wurde jede mögliche Hilfe verschafft durch die Gestellung von Wohn- und Stallräumen, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, von Zug- und Mastvieh, Baumaterialien und Geldkrediten.

Ebenso wurde alles getan, den übrigen nicht in der Landwirtschaft tätigen Umsiedlern Beschäftigung in der Industrie, im Gewerbe, Handwerk und Handel sowie in der Verwaltung, Post und Eisenbahn und im Lehrerberuf zu verschaffen. Von den 2,1 Millionen meldepflichtigen erwachsenen Umsiedlern arbeiten bis heute 1,4 Millionen in der Industrie, im Handel und Gewerbe und weitere 160 360 in der öffentlichen Verwaltung.

Zu dieser Versorgung mit Land, Arbeit und Wohnräumen kommt die Beschaffung von Hausrat und Gebrauchsgegenständen, von Textilien und Schuhwerk. Auf Anweisung der Hauptverwaltung für Handel und Versorgung bei der Deutschen Wirtschaftskommission werden dabei die Umsiedler bevorzugt behandelt. In großzügiger Weise werden den Umsiedlern zur Anschaffung der Sachen einmalige finanzielle Beihilfen gegeben.

So erhielten 2 Millionen Umsiedler einschließlich ihrer Angehörigen bis jetzt 401 Millionen DM.

Von größter Bedeutung aber ist, daß die Umsiedler in allen Angelegenheiten vollständig der übrigen Bevölkerung gleichgestellt sind, daß viele von ihnen sich schon völlig eingebürgert und ihre neue Heimat gefunden haben. Viele bekleiden schon amtliche Funktionen, so als Landräte, Bürgermeister, oder wurden als Mitglieder in die Gemeindevertretungen, Land- und Kreistage gewählt. In vier Landesregierungen der sowjetischen Besatzungszone ist je ein Umsiedler als Minister tätig.

So ist klar, wer und was den Umsiedlern hilft, aus ihrer Notlage herauszukommen, so daß sich die Lebenshaltung der Umsiedler immer mehr verbessern wird und sie selbst sich nicht mehr als Umsiedler, sondern als völlig gleichberechtigte Bürger und Einheimische fühlen können.

Aber das liegt auch an den Umsiedlern selbst. Sie sollen den Willen dazu haben und sich nicht durch das auf ihren Betrug und ihre Verhetzung berechnete Gerede über die „Rückkehr in die alte Heimat“ davon abhalten lassen, für sich und ihre Kinder eine neue Heimat und Existenz zu finden.

Dabei komme ich zu einer für die Umsiedler sehr ernsten Frage. Sie sollen und müssen erkennen, welches infame Spiel mit ihrer Not und Heimatliebe von solchen Politikanten bürgerlicher Parteien und der Sozialdemokratie getrieben wird, die ihnen vorgaukeln, daß die Oder-Neiße-Grenze keine endgültige, sondern eine provisorische sei.

Den Umsiedlern ist damit nicht gedient, sondern es schadet ihnen, weil es ihnen den einzig möglichen Weg zur Erlangung einer neuen Heimat versperrt. Nicht der Politiker, der ihnen solche irreführenden Versprechungen macht, hilft den Umsiedlern, sondern derjenige, der ihnen die volle Wahrheit über ihre Zukunft sagt, auch wenn diese Wahrheit bitter ist und alle trügerischen Hoffnungen zerschlägt.

Ich muß offen für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sagen: So sehr wir die Umsiedlerfamilien wegen des Verlustes ihrer alten Heimat auf das tiefste beklagen und volles Verständnis für ihre Liebe zur alten Heimat haben, so sehr zwingt uns unser Verantwortungsbewußtsein für die Millionen

Umsiedler, ihnen offen zu sagen, sie sollen nicht dem an ihnen versuchten Massenbetrug über die Rückkehr in die alte Heimat zum Opfer fallen, sondern sie müssen mit der Tatsache rechnen, daß das nicht mehr der Fall sein wird.

Die Umsiedler sollen klar den Zusammenhang sehen, der zwischen dem Hitlerkrieg und dem Verlust ihrer alten Heimat besteht. Hitler war es doch, der die Nachbarvölker überfiel und mit der Erklärung, durch die Eroberung anderer Länder dem deutschen Volke erweiterten Lebensraum zu verschaffen, die deutschen Volksmassen für die Unterstützung dieses Raubkrieges gewann.

Können wir die Augen davor verschließen, was Hitler mit diesem Kriege den Nachbarvölkern — und das trifft besonders auf Polen zu — an Vernichtung von Menschenleben, an Zerstörung von Land- und Sachwerten angetan hat, welches Unglück er über diese Völker brachte? Wie auch der einzelne zu Hitler und seinem Kriege gestanden haben mag, können wir bestreiten, daß das deutsche Volk an diesem Verbrechen Hitlers schuldig ist? Wir müssen sehr ernste Lehren daraus ziehen, zumal heute schon wieder Kriegsdrohungen aus der Mitte des deutschen Volkes erhoben werden. Ist es nicht dringend notwendig, daß wir uns von der Schande und der Verachtung befreien, die der Hitlerfaschismus mit seinem Kriege über das deutsche Volk gebracht hat? Ist es nicht dringend notwendig, gute freundschaftliche Beziehungen zu unseren Nachbarn herzustellen und uns wieder ihr Vertrauen zu erringen? Das trifft besonders auf die Bevölkerung Polens und der Sowjetunion zu, mit denen wir die engsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen herstellen müssen, weil davon das Leben und die Zukunft unseres deutschen Volkes abhängen. Wie kann das aber erreicht werden angesichts der Hetze und der Kriegsdrohungen, die von verantwortungslosen Politikern ständig gegen Polen und die Sowjetunion gerichtet werden?

Die Oder-Neiße-Grenze wurde von den alliierten Mächten, die gegen Hitler kämpften, auf ihren Konferenzen im Februar 1945 in der Krim und im Juli 1945 in Potsdam beschlossen. Damals bestand bei dem englischen Premierminister Churchill sogar die Absicht, die Westgrenze Polens bis an die Spree vorzuschieben

und Berlin zur Grenzstadt zu machen. Er verband damit die Hoffnung, daß die alte reaktionäre Regierung in Polen bleiben und der neue polnische Staat sich als Werkzeug des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion würde gebrauchen lassen. Erst als diese Hoffnung durch die Schaffung des neuen, volksdemokratischen Polens endgültig zerschlagen war, entdeckte er, daß er sich in der Grenzziehung an der Lausitzer Neiße geirrt habe.

Es ist richtig, daß auf den alliierten Konferenzen beschlossen wurde, daß die endgültige Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Aber auf den gleichen Konferenzen wurde von diesen Mächten die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland beschlossen und durchgeführt. Mit dieser Aussiedlung war die Grenze endgültig festgelegt. Denn wie kann man sich vorstellen, daß die Aussiedlung, der doch die Ansiedlung der dortigen Bevölkerung auf dem Fuße folgte, nur eine provisorische sein könnte?

Um jeden Zweifel über die endgültige Festlegung der Oder-Neiße-Grenze zu beseitigen, lehnen — wie die jüngste Pariser Außenministerkonferenz erwies — die westlichen Besatzungsmächte die Einberufung einer Friedenskonferenz wie auch Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag überhaupt ab. Durch das von ihnen der Bevölkerung in den drei westlichen Besatzungszonen aufgezwungene Besatzungsstatut soll auf 20 bis 30 Jahre die militärische Besetzung des Landes aufrechterhalten und über den Frieden nicht gesprochen werden.

Die Lage der Umsiedler in den westlichen Besatzungszonen ist wirklich katastrophal, und ihre Empörung darüber ist durchaus berechtigt. Die Verteilung der Umsiedler auf die einzelnen Besatzungszonen ist eine solche, daß von den 11,6 Millionen Umsiedlern sich in der britischen Zone 3,8 Millionen, in der amerikanischen Zone 3,3 Millionen, in der französischen Zone 157 000 und in Berlin 60 000 befinden und auf die sowjetische Besatzungszone 4,3 Millionen Umsiedler entfallen.

Während in der sowjetischen Besatzungszone sofort nach der Umsiedlung alles getan wurde, um den Umsiedlerfamilien zu helfen, eine neue Existenz zu finden, werden die Umsiedler in

den westlichen Besatzungszonen als lästige ortsfremde Elemente behandelt, wobei die einzelnen Länderregierungen versuchen, sich gegenseitig die Umsiedler zuzuschieben. So soll jetzt erneut nach einem Vorschlage des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein eine große Umsiedlung innerhalb der westlichen Besatzungszonen vorgenommen werden. Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern wollen sich von 600 000 Umsiedlern „befreien“, die in andere Gebiete abgeschoben werden sollen. Die Umsiedler werden aber in den ihnen neu zugewiesenen Ländern ebensowenig eine entsprechende Hilfe finden wie in den bisherigen Gebieten.

Die über diese Behandlung wachsende Empörung der Umsiedler ist deshalb nur zu verständlich und berechtigt. Offen wird vor ihnen ausgesprochen, daß ihnen nicht geholfen werden kann. Daher rührt auch der an den Umsiedlern verübte Massenbetrug und die Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze, mit der der Vorbereitung eines neuen Krieges Vorschub geleistet werden soll.

Daß aber den Umsiedlern in ihrer Not geholfen werden kann, das haben wir in der sowjetischen Besatzungszone bewiesen. Natürlich sind dabei große Schwierigkeiten zu überwinden, da ja auch die Lage der übrigen Bevölkerung noch sehr viel zu wünschen übrigläßt und noch sehr viel getan werden muß, um sie ausreichend mit Nahrung, Kleidung und Wohnung zu versehen. Aber dafür schaffen wir auf Grund der demokratischen Ordnung, durch den Zweijahrwirtschaftsplan und durch die Steigerung des Ertrages der Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft, durch unsere Aktivistenbewegung unter der Losung: mehr arbeiten, um besser zu leben, die entsprechende Voraussetzung.

Aber gerade das wird in den westlichen Besatzungszonen systematisch verhindert. Dort gibt es keine Bodenreform und keine Überführung der großen Betriebe in die Hände des schaffenden Volkes; dort wird die ganze Wirtschaft den Interessen der amerikanischen Imperialisten und der mit ihnen verbundenen deutschen Monopolherren unterstellt. Sie haben kein Interesse an der Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, sondern nur an der Steigerung ihrer Profite. Industrie und Handel werden gedrosselt, damit den amerikanischen Kapitalisten keine Konkurrenz auf dem Weltmarkt gemacht werden

kann. Wo sich die Arbeiter gegen die neuen, von den westlichen Besatzungsmächten völkerrechtswidrig angewiesenen Demontagen bedeutender Friedenswerke erheben und die Demontagearbeit verweigern, werden sie von den Militärgerichten zu hohen Strafen verurteilt und Besatzungstruppen mit schweren Kampf- waffen gegen die Arbeiter eingesetzt. Hier liegen die wahren Ursachen für die Notlage der Bevölkerung und insbesondere der Umsiedler.

Dieser Zusammenhang wird aber von den deutschen Politikern, von den Schumacher, Adenauer, Blücher, Heuß und Kaiser bewußt dem schaffenden Volke verschwiegen, um es von dem Zusammenschluß zum gemeinsamen Kampf gegen dieses Elends- regime und von der Verbindung mit den demokratischen Volks- massen in der sowjetischen Besatzungszone, von der Schaffung der Nationalen Front abzuhalten. Und doch liegt dazu die drin- gendste Notwendigkeit vor, um ein noch größeres Unglück vom deutschen Volke fernzuhalten.

Erneut wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch- lands die Initiative ergriffen, um den Umsiedlern eine wirksame Hilfe zu verschaffen. In seiner Sitzung vom 5. Juli hat sich das Politbüro der SED eingehend mit der Notlage der Umsiedler be- schäftigt und der Deutschen Wirtschaftskommission den Vor- schlag gemacht, sich mit dem Angebot an die Sozialminister der elf Länderregierungen im Westen zu wenden, gemeinsam mit der Wirtschaftskommission und den Sozialministern der fünf Länder in der sowjetischen Besatzungszone zu einer gesamt- deutschen Konferenz zusammenzutreten, deren Aufgabe die Be- ratung von Maßnahmen für die Schaffung von Existenz und Heimat für die Umsiedler sein soll.

Auf dieses Angebot haben bisher weder die Sozialminister der Westzonen noch ihre Regierungen geantwortet. Sie haben es nicht eilig damit. Wahrscheinlich werden sie das Angebot ab- lehnen. Sie scheren sich nicht um die Not der Umsiedler. Aber die Sozialistische Einheitspartei wird nicht lockerlassen. Sie wird die Umsiedler aus den Westgebieten aufrufen, ihre Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, um die Forderungen zu beraten, die die Umsiedler mit Fug und Recht zur Verbesserung ihrer Lage stellen.

Wir erleben jetzt in den westlichen Besatzungszonen bei der Vorbereitung der Wahlen, wie die Parteiführer der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, die gemeinsam die Maßnahmen der drei westlichen Besatzungsmächte gegen das deutsche Volk unterstützen, sich in ihrem Streben nach Ministerposten gegenseitig bekämpfen und sich den Rang im Betrug der Volksmassen abzulaufen versuchen. Am nächsten Sonntag, dem 14. August, wird diese Wahl vor sich gehen, und dann beginnt der große Kuhhandel um die Minister- und Regierungsposten, wobei sich jeder die Unterstützung der Besatzungsgenerale durch entsprechende Liebesdienste zu verschaffen sucht. Wiederum werden es die Umsiedler sein, die die Hauptopfer bei dieser Politik zu tragen haben.

Die einzige Partei, die auf das engste mit den Volksmassen verbunden ist und für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung, für die Wahrung der nationalen Rechte und die Erhaltung des Friedens kämpft, ist in den westlichen Besatzungszonen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Statt den Umsiedlern die ihnen notwendige Hilfe zu verschaffen, setzen die westlichen Parteipolitikanten alles daran, sie durch eine infame Hetze gegen die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu betrügen und sie vom Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung abzuhalten. Die Lage für das deutsche Volk ist viel zu ernst, als daß es die Tätigkeit solcher Verbrecher dulden kann. Die Lage hat sich in den letzten Monaten wesentlich verschärft und grundlegend geändert. Unter den Direktiven des reaktionärsten Teiles des amerikanischen Monopolkapitals werden ernste Anstrengungen gemacht, das Westgebiet Deutschlands vollständig unter das Diktat dieser Kräfte zu bringen. Es ist eine Schamlosigkeit ohnegleichen, wenn die westlichen Kriegstreiber dem deutschen Volke einzureden versuchen, daß sein Leben und seine Zukunft von der Sowjetunion, dem Lande des Sozialismus, bedroht seien und es sich gegen den russischen „Totalitarismus“ zur Wehr setzen müsse. Gerade das, was diese Kriegshetzer gegenüber Deutschland wollen, das suchen sie der Sowjetunion zu unterstellen.

So erfordern es Leben und Zukunft des deutschen Volkes, diese reaktionären Pläne klar zu erkennen und sich in Frieden

und Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern zu verbinden und die wirtschaftlichen Beziehungen mit ihnen immer mehr zu verstärken. Während die Westmächte schweres Kriegsmaterial nach Deutschland zur Vorbereitung des Krieges liefern, schickt uns die sozialistische Sowjetunion Traktoren, Lastkraftwagen und landwirtschaftliche Maschinen für den Aufbau unserer Ernährungswirtschaft. Das ist eindeutig erkennbar für jeden Menschen, der guten Willens ist.

So steht heute vor dem ganzen deutschen Volke die Notwendigkeit, sich gegenüber der Gefahr, die der nationalen Existenz und dem Frieden droht, in ganz Deutschland zusammenzuschließen und die Nationale Front zu schaffen, in der sich in breitem Ausmaß alle gutgewillten und anständigen Deutschen zur Verteidigung der deutschen Nation und des Friedens zum gemeinsamen Kampf verbinden. Und diese Aufgabe steht auch vor den deutschen Umsiedlern. Sie dürfen sich in ihrer Trauer um die verlorene Heimat und in ihrem Ärger über die immer noch nicht genügende Hilfe in der sowjetischen Besatzungszone und in ihrer Empörung über die schlechte Behandlung und den Mangel jeder Unterstützung in den westlichen Besatzungszonen nicht davon abhalten lassen, sich diesem Kampfe anzuschließen. Durch den gemeinsamen Kampf muß sich die völlige Assimilierung mit der übrigen Bevölkerung in Deutschland vollziehen. Die Umsiedler gehören in die breite Kampffront des deutschen Volkes, wie sie durch die Volkskongreßbewegung und durch die Nationale Front geschaffen wurde.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
13. August 1949.*

Verdiente Lehrer des Volkes

*Aus der Rede auf dem 4. Pädagogischen Kongreß
in Leipzig am 26. August 1949*

Der III. Deutsche Volkskongreß Ende Mai dieses Jahres hat durch die von ihm angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik dem deutschen Volke den Weg gezeigt, auf dem es sein Leben in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern gestalten und allen seinen Bürgern politische Gleichheit, kulturellen Aufstieg und wirtschaftlichen Wohlstand verschaffen wird. Unser Streben ist darauf gerichtet, den fortschrittlichen Zustand, den wir in der sowjetischen Besatzungszone mit Unterstützung der sowjetischen Militärverwaltung und der Sowjetregierung geschaffen haben, auf ganz Deutschland auszubreiten und der Krise entgegenzuwirken, die in Westdeutschland bereits Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Bankrotte größeren Umfangs zur Folge hat. So stehen große Aufgaben vor dem deutschen Volke, hier bei uns in der sowjetischen Besatzungszone und in Westdeutschland. Für die Durchführung dieser Aufgaben gilt es alle guten Deutschen, alle national gesinnten und friedliebenden Menschen zu interessieren und zu gewinnen.

Wer wäre für diese Aufgabe der Erziehung, der Aufklärung und Gewinnung der Menschen für ein einheitliches, demokratisches und friedliches Deutschland mehr berufen als der deutsche Lehrer, die deutsche Lehrerin? So bin ich an der richtigen Stelle, wenn ich hier meinen Appell an Sie alle richte, mitzuhelfen am friedlichen Aufbau und der Festigung unserer demokratischen Ordnung. Das deutsche Volk erwartet viel von seinen Lehrern, die eine neue Jugend einer besseren Zukunft entgegenführen sollen. Es ist eine große und schöne Aufgabe, die Sie sich zu Ihrem Lebensberuf gewählt haben. Die Erziehung der Menschen zu einem wahrhaft demokratischen Nationalbewußtsein, die Förderung der nationalen Bildung, die Pflege des deutschen

Kulturgutes, alles das muß verbunden werden mit der Erziehung zur Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern und der Achtung vor ihren Leistungen. Dafür gibt uns die Große Sozialistische Sowjetunion mit der Entwicklung ihrer sozialistischen Kultur, mit ihrem Aufstieg zu den Höhen des Sozialismus und ihrer großen Familie der vielen Nationalitäten in ihrem Lande das große erhebende und anspornende Beispiel. Viel, sehr viel können und müssen wir davon lernen. Der Lehrer und Erzieher unseres Volkes wird der beste sein, der sich durch ein eifriges Studium mit dieser Entwicklung in der Sowjetunion vertraut macht.

Mit Stolz können wir feststellen, daß es in der deutschen Lehrerschaft schon sehr beachtliche Beispiele einer fortschrittlichen Erziehungsarbeit gibt. Das Manifest, das diesem Kongreß unterbreitet wurde, läßt schon den fortschrittlichen Geist, das nationale Bewußtsein und den Aufstieg der deutschen Schule erkennen. Möge dieses Manifest die Köpfe und Herzen der deutschen Lehrerschaft erfüllen und ihre Arbeit befruchten. Das deutsche Volk ist bereit, seinen Lehrern die politische, wirtschaftliche und kulturelle Position einzuräumen, deren sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe bedürfen.

In dieser Verpflichtung liegt der Sinn der am 31. März dieses Jahres durch die Deutsche Wirtschaftskommission beschlossenen Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, über die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben . . . In einer Zeit, in der die besten Kräfte des Volkes in Stadt und Land sich anschicken, in gemeinsamen Anstrengungen neue Grundlagen für ein besseres Leben zu schaffen, wird auch der schaffenden Intelligenz eine wesentliche Verbesserung ihres materiellen Lebens zugesichert. Hinzu kommt die Hervorkehrung der Bedeutung ihrer Arbeit für den gesellschaftlichen Aufbau. Das geschieht unter anderem durch die Verleihung von Nationalpreisen an Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Ingenieure, Techniker, Meister und Arbeiter. Auch die Arbeit der deutschen Lehrer in unserer Zone erfährt eine hohe Anerkennung durch die Verleihung von Ehrenzeichen. Alljährlich wird eine Anzahl der besten von ihnen ausgewählt werden, denen der Titel „Verdienter Lehrer des Volkes“ verliehen wird.

Ein „Verdienter Lehrer des Volkes“ ist ein Lehrer, der in besonders vorbildlicher Weise sein Wissen verbessert und den Kindern ein umfassendes tiefes und festes Wissen vermittelt, der in seiner Unterrichtsarbeit die Verbindung der Schule mit dem Leben durch eine fortschrittliche Methodik herstellt, der durch seine hervorragende Lehrtätigkeit die beste Klasse schafft und damit seinen Kollegen ein Beispiel für die Verbesserung ihrer Unterrichtsarbeit gibt. Der „Verdiente Lehrer des Volkes“ ist ein hervorragender Erzieher, der die Kinder zu bewußt handelnden demokratischen Menschen erzieht, die fähig und bereit sind, für den demokratischen Aufbau und die Einheit unseres Vaterlandes tätig zu sein und für den Frieden zu kämpfen. Er ist ein wahrer Volkslehrer, der aktiv am demokratischen Aufbau teilnimmt und aus innerster Überzeugung ein Kämpfer für die Einheit und den Frieden Deutschlands an der Seite der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und aller friedliebenden Menschen und Völker ist. Als solcher übt er eine hervorragende gesellschaftliche Tätigkeit aus, indem er versteht, die werktätige Bevölkerung seines Umkreises für den Aufbau, die Einheit Deutschlands und den Frieden zu begeistern und sich damit das Vertrauen und die Anerkennung der Bevölkerung seines Wirkungskreises zu verschaffen.

Es ist eine sehr hohe Anerkennung, die mit der Auszeichnung „Verdienter Lehrer des Volkes“ ausgesprochen wird. Gleichzeitig wird den so geehrten Lehrern eine Medaille mit dem Bilde Diesterwegs verliehen. Auch die Verleihung dieser Medaille ist von großer Bedeutung, weil damit die Tätigkeit des deutschen Lehrers in engen Zusammenhang mit der großen Arbeit Diesterwegs gebracht wird. Sie als Pädagogen kennen natürlich alle die Bedeutung, die Adolf Diesterweg für die deutsche Schule hat. Nur für die breitere Öffentlichkeit sei gesagt, daß der Seminarleiter Diesterweg der Vertreter der klassischen deutschen Pädagogik war, der sich entschieden auf die Seite des Fortschritts stellte. Er entstammte der Welt des deutschen Humanismus, der Welt eines Herder, eines Goethe. 1848 stand Diesterweg in den Reihen der bürgerlichen Revolution an der Seite der Arbeiterschaft und verfocht die schulpolitischen Forderungen, die ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der deutschen Lehrerschaft

erkämpften. Nach Diesterweg sind die pädagogischen Ideen und die Formen der Schulstruktur nur aus den Gegebenheiten des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen. Damit hatte er sich zum Vorkämpfer der nationalen Einheitsschule und der Grundsätze gemacht, die erst in der Gegenwart mit der marxistischen Pädagogik entwickelt wurden. So sah Adolf Diesterweg in dem Lehrer den „Erwecker der Volkskräfte“, den Kämpfer für die Prinzipien einer wahren Volksbildung. Mögen auch die Träger der Medaille von diesen großen Gedanken Diesterwegs beeinflusst und zu noch besseren Leistungen veranlaßt werden.

Mit der Auszeichnung durch die Verleihung des Titels „Verdienter Lehrer des Volkes“ und der Diesterweg-Medaille sind nach der Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission noch folgende Vergünstigungen verbunden: Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren nach der Karte I und Zusatzverpflegung der I. Kategorie, unentgeltlicher Unterricht für ihre Kinder an Fach- und Hochschulen und Gewährung entsprechender Stipendien, Gewährung einer Personalrente in Höhe von 3600 DM jährlich bei Verlust der Arbeitsfähigkeit.

Es ist in diesem Jahre zum erstenmal vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission an 10 Lehrerinnen und 18 Lehrer die Ehrenbezeichnung „Verdienter Lehrer des Volkes“ und die Diesterweg-Medaille verliehen worden. Diese Verleihung wurde durch das Präsidium des Deutschen Volksrats bestätigt. Der Beschluß des Präsidiums des Deutschen Volksrats hat folgenden Wortlaut:

„Das Präsidium des Deutschen Volksrats bestätigt den vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission am 12. August 1949 gefaßten Beschluß, wonach den nachfolgend genannten Lehrern die Auszeichnung ‚Verdienter Lehrer des Volkes‘ und die Diesterweg-Medaille verliehen wird...“

Das Präsidium des Deutschen Volksrats beglückwünscht die Verdienten Lehrer des Volkes zu dieser Auszeichnung und wünscht ihnen weitere beste Erfolge in ihrer für das deutsche Volk so bedeutsamen Arbeit. Gleichzeitig wendet sich das Präsidium des Deutschen Volksrats an die gesamte Lehrerschaft mit dem Appell, es den ausgezeichneten Lehrern gleichzutun und sich ebenfalls diese Auszeichnung zu erwerben.“

Liebe Freunde! Gestatten Sie mir noch ein kurzes Schlußwort zu der hier vollzogenen Ehrung der Arbeit des deutschen Lehrers. Der Dank des deutschen Volkes an die hier ausgezeichneten Lehrer schließt zugleich die hohe Verpflichtung für alle Lehrer ein, die in diese Ehrung einbezogen werden, das kostbarste Gut der Nation — ihre Jugend — im humanistischen Sinne zu erziehen. Möge von dieser Stunde, von diesem Kongreß ein neuer Impuls für die Lehrarbeit in alle Schulen gehen. Mögen sich immer mehr Lehrer der hohen Verantwortung bewußt werden, die auf ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit in der gegenwärtigen Phase des nationalen Befreiungskampfes unseres Volkes ruht.

Große Erfolge der demokratischen Schulreform in unserer Zone wirken bereits beispielgebend für das gesamte Deutschland. Der Verlauf des 4. Pädagogischen Kongresses hat gezeigt, daß die deutsche Schule ihre politischen und pädagogischen Aufgaben begreift. Je besser sie diese Aufgaben lösen wird, um so höher wird der Anteil an der Durchführung der großen nationalen Aufgaben sein. Die Friedenskräfte der ganzen Welt verfolgen mit großer Aufmerksamkeit das Werk der deutschen fortschrittlichen Lehrer. So wünsche ich im Namen des Deutschen Volksrats den Beratungen und Beschlüssen Ihres Kongresses und der Arbeit der deutschen Lehrer weitere beste Erfolge.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
26. August 1949.*

Der neue Geist des Friedens

Auf dem Nationalkongreß der Vereinigung der polnischen Organisationen der Kämpfer für Unabhängigkeit und Demokratie in Warschau gab Wilhelm Pieck im Namen der deutschen Delegation folgende gemeinsame Erklärung ab:

Liebe Freunde!

Es ist ein sehr bedrückendes Gefühl, gerade am heutigen Tage als Deutscher zu Ihnen zu sprechen, an dem vor zehn Jahren die Hitlerbarbaren angeblich im Namen des deutschen Volkes Ihr Land überfielen und dem polnischen Volk so viel Leiden und Schmerzen bereiteten. Ich würdige durchaus die Gefühle, die sich daraus im polnischen Volk gegenüber dem deutschen Volk ergaben. Aber es ist ein neues Deutschland im Entstehen, das in Frieden und Freundschaft mit dem polnischen Volk leben will.

Im Namen der deutschen Delegation danke ich für die Einladung zu Ihrem Nationalkongreß und grüße Sie alle auf das herzlichste. Die auf Ihrem Kongreß beabsichtigte Vereinigung von elf Widerstandsorganisationen wird zur Verstärkung des Kampfes für Frieden, Unabhängigkeit und Demokratie in der Welt beitragen.

Mit diesem Dank verbinden wir den Wunsch, daß die angebahnte Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk immer enger und fester werden möge. Keinem Feind des Friedens soll es jemals gelingen, diese Freundschaft zu zerstören.

Der Kampf um den Frieden steht hierbei an erster Stelle, weil der Krieg bereits wieder zu einer akuten Gefahr geworden ist.

Es sind die reaktionären Kräfte des amerikanischen Monopolkapitals, die einen neuen Krieg herbeiführen wollen. Sie haben mit dem letzten Kriege glänzende Geschäfte gemacht, und sie hoffen, durch einen neuen Krieg die ihnen drohende Wirtschaftskrise hinausschieben zu können.

Sie haben sich das Ziel gesetzt, Europa den Amerikanern zu unterwerfen, und von hier aus glauben sie einen Schlag gegen das Land des Sozialismus, gegen die Sowjetunion, führen zu können.

Aber was diese Finanzhyänen und Blutsäufer wollen, ist eine Sache, was sie können, eine andere. Gegenüber diesem Lager des Imperialismus und des Krieges steht das Friedenslager, an dessen Spitze sich die Sowjetunion mit dem Generalissimus Stalin befindet.

DIE GEBALLTE KRAFT DER FRIEDENSFREUNDE

Das Ausmaß und die Kraft des Friedenslagers haben die beiden Weltfriedenskongresse in Paris und Prag zum Ausdruck gebracht, wo die Delegierten aus 72 Ländern vertreten waren. Eine sehr imposante Ergänzung dazu war der Friedenskongreß in Moskau. Der Ständige Ausschuß des Weltfriedenskongresses ruft zum Internationalen Friedenstag am 2. Oktober dieses Jahres auf.

In Deutschland ist vom Präsidium des Deutschen Volksrats und vom Komitee der Kämpfer für den Frieden der 1. September, der 10. Jahrestag des Überfalls auf Polen, zum Friedenstag erklärt worden, an dem in allen großen Städten und Betrieben gewaltige Kundgebungen für den Frieden und gegen die imperialistischen Kriegshetzer stattfanden.

Eine gewaltige Demonstration des Kampfes um den Frieden war auch das Weltjugentreffen in Budapest. So steht die geballte Kraft der Friedensfront den Kriegstreibern gegenüber. Jeder Versuch, die Welt in einen neuen Krieg hineinzutreiben, wird durch diese Kraft zerschlagen werden. Aber wir dürfen die Gefahr nicht unterschätzen, und täglich muß die Kampffront für den Frieden verstärkt werden.

DAS PULVERFASS DEUTSCHLAND

Deutschland ist zu einem europäischen Brennpunkt, zu einem Pulverfaß geworden, wie das früher der Balkan war. Der anglo-amerikanische Imperialismus sucht unter Führung des anglo-

amerikanischen Monopolkapitals Deutschland zum Aufmarschgebiet für den Krieg zu machen, durch den europäische Länder erobert und die Sowjetunion vernichtet werden sollen.

Amerikanische Generalstabsoffiziere bereisen schon den europäischen Westen, um die Waffenlieferung für die europäischen Atlantikländer festzustellen und den Schlachtplan festzulegen. Um diese Kriegspläne zu verwirklichen, wurde von den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten Deutschlands das Potsdamer Abkommen gebrochen und Deutschland zerrissen. Es wurde der separate Föderativ-Weststaat geschaffen, ihm ein Besatzungsstatut für 20 bis 30 Jahre aufgezwungen, die Besetzung des Ruhrgebietes als Rüstungsschmiede durch das Ruhrstatut durchgeführt, der Marshallplan zur Ausplünderung und Schuldknechtschaft auferlegt und alle Vorbereitungen für die Kolonisierung des westdeutschen Staates getroffen.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen zeigen sich in erschreckendem Maße durch eine Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen, durch eine Drosselung der Industrie und die Abschnürung des Handelsverkehrs; die Arbeitslosigkeit hat bereits ein großes Ausmaß erreicht, und die geschäftlichen Bankrotte nehmen von Tag zu Tag zu. Alles Anzeichen einer ersten Wirtschaftskrise. Hinzu kommt, daß durch die Demontagen bedeutende Werke der Friedensindustrie liquidiert werden.

In dieses Wirtschaftschaos ist auch Berlin als Hauptstadt hineingerissen worden. Durch die separate Währungsreform wurde die Stadt in zwei Teile zerrissen und jedes normale Leben untergraben. Die Verwaltung wurde gespalten und die Westsektoren Berlins völlig dem Diktat der Engländer und Amerikaner unterworfen. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag.

Zu diesen Strangulierungsmaßnahmen der deutschen Wirtschaft kommt hinzu die Züchtung eines Neofaschismus durch die westlichen Besatzungsmächte. Die alten Kriegsverbrecher sind führend in Wirtschaft und Verwaltung, es werden militärische Formationen unterhalten, die unter Führung faschistischer Offiziere stehen. Das trifft besonders auf die Industriepolizei zu, die die Bürgerkriegsgarde gegen die Arbeiter ist. Auch in der Justiz stehen die alten Faschisten überall an der Spitze.

Diese Entwicklung im Westen Deutschlands war möglich, weil die den Westmächten hörigen Führer der bürgerlichen und der Sozialdemokratischen Partei diese Politik von Anfang an unterstützten und ihre Hetze gegen die Sowjetunion und die Entwicklung in der Ostzone mit wachsendem Fanatismus betreiben.

Von ihnen und von der westlich lizenzierten Presse wird ein infamer Massenbetrug betrieben, um die Volksmassen für den Krieg gegen den Osten reif zu machen.

Den Millionen Umsiedlern wird, anstatt ihnen in ihrer Not zu helfen und eine neue Heimat zu verschaffen, vorgegaukelt, daß die Oder-Neiße-Grenze nur eine provisorische sei und sie bald wieder in ihre Heimat zurückkehren werden. Die Sicherheitsmaßnahmen, die in der Ostzone gegenüber den Agenten und Saboteuren ergriffen werden, werden als ein angeblicher Menschenraub bezeichnet. Die Freiheit der Persönlichkeit wäre in der Ostzone nicht gesichert. Auch die Rückkehr der Kriegsgefangenen wird zu einer ständigen Hetze gegen die Sowjetunion benutzt.

Man muß schon einige Tage in Berlin diese Hetze miterlebt haben, um zu verstehen, daß es dieser Bande von Betrügnern und Lügneren nur darauf ankommt, die Volksmassen in einen hysterischen Zustand zu versetzen und sie zum gefügigen Werkzeug der Kriegshetzer zu machen.

DIE DEUTSCHEN FRIEDENSKRÄFTE

Aber diesen Verbrechern stehen in Deutschland die Kräfte des Friedens, der Demokratie, der Einheit Deutschlands gegenüber, die den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen fordern.

Es ist die im Dezember 1947 geschaffene Deutsche Volksgroßbewegung mit dem Deutschen Volksrat an der Spitze, die in der Ostzone — aber auch im Westen Deutschlands — breite Volksmassen für den Kampf um den Frieden, um die Einheit Deutschlands und für die Demokratie gewonnen hat und die getragen wird von den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone.

Darüber hinaus wird jetzt die Nationale Front für die Einheit Deutschlands und die nationale Unabhängigkeit geschaffen, in die die breitesten Kreise der werktätigen Massen und des Bürgertums einbezogen werden, deren Lebensexistenz von den Kolonisierungsmaßnahmen des amerikanischen Monopolkapitalismus bedroht ist.

In ganz Deutschland sollen diese Kräfte für die Rettung der Nation und für die Einheit Deutschlands mobilisiert werden.

Es bestehen dafür günstige Aussichten, weil auch in Westdeutschland schon beachtenswerte Gruppen sich für diesen Kampf gebildet haben, die bereit sind, sich in der Nationalen Front zu betätigen.

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit durch, den Kampf im gesamtdeutschen Maßstabe zu organisieren und zu führen, wofür von der Ostzone aus die besten Beispiele über den Erfolg dieses Kampfes gegeben werden.

Hier war es möglich, durch das Zusammenwirken der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen und durch die Unterstützung der Sowjetischen Militärverwaltung und der Sowjetregierung einen großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vormarsch zu erzielen.

Es wurde eine demokratische Ordnung geschaffen, durch die den werktätigen Massen in der Industrie und Landwirtschaft und in der Verwaltung ein entscheidender Einfluß verschafft wurde.

Die durchgeführte Planwirtschaft erzielte unter der steigenden Aktivistenbewegung und Arbeitsproduktivität bedeutende Erfolge in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebens- und Bedarfsmitteln.

EIN NEUER GEIST

Von Woche zu Woche geht es vorwärts und wird der Beweis erbracht, daß die Überwindung der großen Schwierigkeiten möglich ist, die durch den Hitlerkrieg im Leben des deutschen Volkes herbeigeführt wurden.

Im Westen dagegen geht es von Woche zu Woche bergab. Der große Kampf, den wir in Deutschland führen, ist gegen die

Kriegshetzer und Kriegstreiber gerichtet, durch ihn soll das nationale Bewußtsein unseres Volkes gesteigert und so der Boden für den Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern, besonders mit der Großen Sozialistischen Sowjetunion und dem neuen Polen, geschaffen werden.

Mit Stumpf und Stiel müssen die Reste der Naziideologie aus den Hirnen und Herzen des deutschen Volkes ausgerottet und ein neuer Geist hervorgerufen werden, der auf die Sicherung des Friedens und der Völkerverständigung gerichtet ist.

So grüßen wir das Volk des neuen Polens, der Volksdemokratischen Republik, seinen Staatspräsidenten Boleslaw Bierut, seinen Ministerpräsidenten Josef Cyrankiewicz, seine Regierung und seine Vereinigte Arbeiterpartei. Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und dem neuen Polen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
3. September 1949.*

An der Wende der deutschen Geschichte

*Antrittsrede des Präsidenten Wilhelm Pieck auf der Tagung
der Volks- und Länderkammer am 11. Oktober 1949*

Sehr verehrter Herr Präsident!

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sie haben mich soeben als Mitglied der beiden höchsten Organe der Deutschen Demokratischen Republik, der Provisorischen Volkskammer und Provisorischen Länderkammer, in gemeinsamer Tagung einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt.

Mit Ihrer Wahl haben Sie mir die höchste Ehre erwiesen, die einem Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik zuerkannt werden kann. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für das mir geschenkte Vertrauen und versichere Ihnen, daß ich stets bemüht sein werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich werde meine ganze Kraft und die Erfahrungen eines langen, an Arbeit und politischen Ereignissen reichen Lebens einsetzen, um dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen. Ich werde mir der hohen Verantwortung, die mir das Vertrauen des deutschen Volkes auferlegt, stets bewußt sein und — wie ich es soeben beschworen habe — „die Verfassung und die Gesetze der Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben“. Ich werde mich stets als Sachwalter der Interessen des ganzen deutschen Volkes betrachten, das sich, wie ich fest überzeugt bin, noch eine große, reiche und helle Zukunft erarbeiten und erringen wird.

Der Weg dazu wird nicht immer leicht sein. Große Schwierigkeiten stehen unserem Volke noch bevor. Noch liegen zahlreiche Städte und Dörfer in Trümmern, noch ist die traurige Hinterlassenschaft der Hitlermacht und des Hitlerkrieges längst nicht überwunden. Noch spüren Millionen Deutsche die Folgen des Krieges am eigenen Leibe. Noch mangelt es vielen Menschen an

Nahrungsmitteln und Kleidung, an Wohnraum und an Verbrauchsgütern verschiedenster Art. Noch ist es nicht gelungen, allen Umsiedlern volle materielle Sicherheit und das Gefühl der vollen Gleichberechtigung in der gemeinsamen deutschen Heimat zu geben und sie fest in dieser Heimat zu verwurzeln. Noch leiden vor allem unsere Alten, Kranken und Siechen und vor allem unsere Kinder unter diesen Schwierigkeiten des täglichen Lebens. Noch gibt es auch Fehler und Mängel in unserer jungen demokratischen Verwaltung und manche andere Unzulänglichkeiten.

Es erscheint mir besonders wichtig, an diesem Festtage der deutschen Nation auf die großen und schwierigen, aber auch dankbaren Aufgaben hinzuweisen, die mit größter Tatkraft und Entschlossenheit zu erfüllen Ehrenpflicht der ersten Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik sein wird. Die Lösung aller dieser Aufgaben wird nicht leicht sein und viel Geduld erfordern. Die Lösung der großen, schwierigen Aufgaben setzt aber auch die Anspannung der Kräfte aller Deutschen und die freudige Mitarbeit des ganzen Volkes voraus. Es gilt, die mit großen Erfolgen begleitete Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Menschen noch mehr zu festigen und sie zum Fundament der Arbeit der parlamentarischen Organe und der Regierung zu machen. Nur so werden wir die materiellen und ideologischen Trümmer beseitigen, die uns der Hitlerkrieg hinterlassen hat, nur so werden wir zum planmäßigen Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zum Aufbau eines friedlichen, in der Welt angesehenen und glücklichen Deutschlands gelangen.

Die Aufgaben sind gewaltig und die Schwierigkeiten groß. Aber es liegt kein Grund zur Kleinmütigkeit und zum Pessimismus vor, wenn wir in diesen erhebenden Stunden daran denken, was in den vergangenen Jahren in der sowjetischen Besatzungszone bereits geschaffen werden konnte. Erinnern wir uns des Ausmaßes an Not und Chaos, das der Hitlerkrieg in Deutschland zurückließ, durch das das deutsche Volk in seiner physischen Existenz bedroht war. Gerade gegenüber dieser Lage unseres Volkes können wir die Größe der Leistung ermessen, die seit der Beendigung des Krieges von den aufbauwilligen Kräften in

unserer Zone vollbracht wurde. Es ist uns gelungen, im wesentlichen aus eigener Kraft aus den größten Schwierigkeiten herauszukommen. Wir haben bewußt darauf verzichtet, für das Linsengericht knechtender Dollarkredite die nationale Zukunft Deutschlands und die Freiheit des deutschen Volkes zu verkaufen. Wir können mit Stolz und Genugtuung auf das Resultat dieser Arbeit zurückblicken, das uns auch die Gewißheit gibt, die großen noch vor uns liegenden Aufgaben zu erfüllen.

Der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit zuliebe halte ich es für nötig festzustellen, was vielfach schon vergessen wird, daß es in den Monaten und Jahren der größten Not unseres deutschen Volkes infolge des Hitlerkrieges die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse waren, die sich nicht von Verzweiflung und Panik überwältigen ließen, sondern mutig und entschlossen schon an die Aufbauarbeit gingen, als die Trümmerstätten in unseren Städten und Dörfern noch rauchten. Mit leerem Magen, ohne genügende Kleidung, oftmals buchstäblich mit nackten Händen und ohne Aussicht auf Bezahlung oder Belohnung gingen sie den Trümmerbergen zu Leibe, brachten die Fabriken und den Verkehr wieder in Gang, reparierten die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und ermöglichten es den Bauern, die von den Kriegereignissen verwüsteten Felder zu bestellen. Zu den besten Vertretern der deutschen Arbeiterklasse gesellten sich die besten aktivsten Deutschen. Intellektuelle, Angestellte, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten des Volkes arbeiteten unter den schwierigsten Lebensverhältnissen, von dem Willen erfüllt, unser Volk aus seiner tiefsten Not herauszubringen. So wurde es zuwege gebracht, daß Industrie, Verkehr und Landwirtschaft wieder zum Leben erwachten und allmählich eine neue, demokratische Verwaltung in Gang kam. So wurde das deutsche Volk tatsächlich vor der schlimmsten Katastrophe bewahrt.

Diese aufbauwilligen Menschen waren die Vorgänger der heutigen Aktivisten der Arbeit, die in einer breiten und mächtigen Bewegung die Grundlage für den weiteren Aufstieg des deutschen Volkes schaffen. Wir können nicht genug die Bedeutung der Aktivistenbewegung gegenüber den vor uns stehenden Aufgaben hervorheben und den Aktivisten jede Ehrung zuteil

werden lassen, wie das schon mit der Verteilung der Nationalpreise begonnen wurde und mit dem Aktivistentag am 13. Oktober fortgesetzt werden soll. Ich glaube Ihrer einheitlichen Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich allen Aktivisten der Arbeit feierlich für die geleistete Arbeit danke. Ehre und Dank den Aktivisten der Arbeit, die die Grundlagen für die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik schufen und die auch die Gewähr bieten für den weiteren Aufstieg Deutschlands und für die Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes.

Die Freude und Genugtuung des deutschen Volkes über die wiedererlangte Souveränität, über die Gründung eines selbständigen, freien Deutschlands, unserer Deutschen Demokratischen Republik, wird getrübt durch die Tatsache, daß Deutschland durch die westlichen Besatzungsmächte zerrissen wurde. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben und alle unsere Kräfte daransetzen, daß die Spaltung Deutschlands überwunden und die Einheit Deutschlands hergestellt wird. Vorerst hat sich nur die Regierung der Sozialistischen Sowjetunion dazu entschlossen, die Anerkennung des heiligen und unveräußerlichen Rechtes des deutschen Volkes auf ein staatliches Eigenleben in Einheit, Frieden und nationaler Unabhängigkeit durch eine wahrhaft befreiende Tat zu verwirklichen.

In tiefer Ergriffenheit haben wir die Erklärung zur Kenntnis genommen, die gestern abend bei dem Empfang des Präsidiums der Provisorischen Volkskammer und des künftigen Ministerpräsidenten durch den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, W. I. Tschuikow, im Auftrage der Sowjetregierung abgegeben wurde und die in der heutigen Sitzung der beiden Kammern vom Präsidenten zur Verlesung gelangte.

Unter dem Hinweis auf die Verletzungen des Potsdamer Abkommens durch die westlichen Besatzungsmächte und den dadurch geschaffenen nationalen Notstand des deutschen Volkes, die Bedrohung seiner nationalen Existenz durch die Schaffung der Bonner Marionettenregierung und die Verweigerung des Friedensvertrages anerkennt die Sowjetregierung nicht nur die Berechtigung der Schaffung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin, sondern übergibt

auch die Verwaltungsfunktionen, die bisher der Sowjetischen Militärverwaltung zustanden, unserer Regierung. Das ist ein Akt der weitsichtigen und großmütigen Staatspolitik, den die Regierung der sozialistischen Sowjetunion unter der Führung ihres weisen Premierministers, Generalissimus Stalin, gegenüber dem deutschen Volke vollzieht. Es wird dadurch der deutschen Regierung die Möglichkeit der uneingeschränkten Arbeit im Dienste des Volkes verschafft und diesem die volle Souveränität gegeben. Es kann nicht Worte des Dankes genug geben, den wir der Sowjetregierung und dem Generalissimus Stalin für diesen hochherzigen Akt schulden und den wir durch eine intensive Arbeit im Sinne dieser Anerkennung abzustatten verpflichtet sind.

Wie ganz anders ist die Lage unseres Volkes in den westlichen Besatzungszonen. Unsere Brüder und Schwestern leben dort unter dem entwürdigenden Druck eines der deutschen Bevölkerung von den westlichen Besatzungsmächten aufgezwungenen Besatzungsstatuts. Deutschland wurde gespalten und die wertvollsten deutschen Industriegebiete einem Sonderregime der Ausbeutung und Ausplünderung unterworfen. Mit Hilfe des Besatzungsstatuts soll die Besetzung Westdeutschlands verewigt, ein Teil unseres Vaterlandes zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus herabgewürdigt und zu einem Aufmarschplatz für einen neuen Krieg gegen das demokratische Deutschland, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, gegen das Lager des Friedens, gemacht werden. Aber was die westlichen Besatzungsmächte mit Deutschland vorhaben, ist eine Sache, was sie können, eine andere. Es wird von der politischen Arbeit der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in ganz Deutschland, die sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenfinden, abhängen, ob die westlichen Besatzungsmächte ihre Pläne bis zum Ende durchführen können, oder ob diese Pläne durch den gemeinsamen Kampf des deutschen Volkes zerschlagen werden.

In diesem Kampfe wird die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Bildung einer souveränen deutschen Regierung in der deutschen Hauptstadt Berlin eine entscheidende Rolle spielen. Diese Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die Legitimation besitzt, für

das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird sich durch ihre Arbeit nicht nur das Vertrauen des Volkes erwerben, sondern auch zur Stärkung der Nationalen Front aller Deutschen beitragen und so den Kampf um den Frieden, um die nationale Einheit Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West auf einer höheren Ebene fortsetzen und zum Siege führen. Niemals wird die Spaltung Deutschlands, die Verewigung der militärischen Besetzung Westdeutschlands durch das Besatzungsstatut, die Losreißung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Wirtschaftskörper von der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden, und nicht eher werden wir ruhen, bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsstatut unterworfenen Teile Deutschlands mit dem deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik in einem einheitlichen, demokratischen Deutschland vereinigt sind. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Kampf der Nationalen Front aller Deutschen um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Phase getreten ist. Mehr denn je können wir den Kampf um unsere gerechte Sache mit größerer Aussicht auf den Erfolg fortführen. Die Deutsche Demokratische Republik steht nicht allein. Sie kann sich in ihrem Kampf um Frieden, Einheit und Recht stützen auf die Freundschaft mit der großen mächtigen Sowjetunion, auf die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und mit allen Friedenskräften in der Welt.

Die Sowjetunion hat dem deutschen Volke in all den Jahren nach der Zerschlagung der Hitlermacht eine große unschätzbare Hilfe geleistet, in materieller Hinsicht durch die Lieferung wertvoller Lebensmittel, Maschinen und Betriebsausrüstungen, durch die Vermittlung der reichen Erfahrungen beim planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau, in politischer Hinsicht durch die Ermöglichung demokratischer Reformen auf allen Gebieten des Lebens, in der Schaffung einer demokratischen Ordnung. Sie gibt uns jetzt in nationaler Hinsicht die Gelegenheit, eine eigene Außenpolitik zu entwickeln und unsere demokratische und friedensgewillte Zusammenarbeit mit den anderen Völkern unter Beweis zu stellen. So haben die erhebenden Ereignisse der letzten Tage

es allen ehrlichen Deutschen, auch denen, die es bisher nicht einsehen wollten, klargemacht, daß nur eine Politik der ehrlichen Freundschaft mit der Sowjetunion die Einheit und Freiheit Deutschlands, den Frieden, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes gewährleisten kann. Unsere ehrliche Freundschaft mit der Sowjetunion wird ergänzt durch die Freundschaft mit den volksdemokratischen Ländern, insbesondere mit unseren Nachbarländern Polen und der Tschechoslowakei. Niemals werden wir es dulden, daß die Oder-Neiße-Grenze von den imperialistischen Interessenten an einem neuen Krieg zur Aufhetzung des deutschen Volkes gegen unseren polnischen Nachbarstaat mißbraucht werden kann. Die Oder-Neiße-Grenze soll die Grenze des Friedens sein und niemals die freundschaftlichen Beziehungen zu dem polnischen Volke stören. Wir wünschen und erstreben die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum Nutzen der beiderseitigen Völker. Das gleiche wünschen wir mit den Völkern der Tschechoslowakei und allen anderen Ländern der Volksdemokratie, wie auch mit allen den Frieden liebenden Völkern der Welt. Diese Politik ist die einzige, die den Interessen des deutschen Volkes entspricht.

Wir sind uns der großen Verantwortung wohl bewußt, die dem deutschen Volke durch die Duldung und Unterstützung des barbarischen Hitlerkrieges aufgeladen wurde, und wir sind uns auch der Verpflichtungen bewußt, die wir zur Wiedergutmachung gegenüber den vom Hitlerkrieg betroffenen Ländern haben. Wir werden gewissenhaft die Verpflichtungen erfüllen, die uns das Potsdamer Abkommen auferlegt, wodurch wir uns wieder das Vertrauen der Welt erobern und uns in die Gemeinschaft der friedliebenden, demokratischen Völker einreihen wollen. Dazu aber ist es notwendig, daß wir zur Erfüllung dieser Verpflichtungen Sicherheiten in ganz Deutschland schaffen und der Politik ein Ende zu machen suchen, durch die im Westen Deutschlands die faschistischen und militaristischen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen und durch die die Vorbereitung für eine neue Aggression getroffen wird.

Ich appelliere deshalb an die Männer und Frauen im westdeutschen Bundestag und in der westdeutschen Bundesregierung, sich bewußt zu werden, in welcher Gefahr sich das deutsche Volk

angesichts dieser Politik der Westmächte befindet, daß die Einheit Deutschlands zerstört, der Friedensvertrag verhindert, die nationale Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird und ihm ein neuer Krieg aufgezwungen werden soll.

Alles das kann aber verhindert werden, wenn der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung sich entschließen, nicht weiter diese Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte zu unterstützen, sondern den Kampf gegen sie aufzunehmen. Es geht nicht darum, ob die westdeutsche Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich gegenseitig anerkennen, sondern darum, gemeinsam oder nebeneinander den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu dienen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen. Wenn das von der westdeutschen Bundesregierung und dem westdeutschen Bundestag geschieht, dann werden wir uns einander nähern und schließlich die Spaltung Deutschlands beseitigen und eine Einheit Deutschlands schaffen, durch die Deutschland nicht zur Kolonie des amerikanischen Imperialismus und nicht zum Aufmarschgebiet für einen neuen imperialistischen Krieg gemacht wird. Wir wollen ein demokratisches, national und wirtschaftlich selbständiges Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt lebt.

So richtet sich auch mein Appell an die Bevölkerung im Westen Deutschlands, sich nicht durch die gegen den Osten betriebene Hetze beirren zu lassen, sondern sich mit der Bevölkerung des Ostens zum gemeinsamen Kampfe um die Einheit Deutschlands und den Frieden zu verbinden und in der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Voraussetzungen für den Sieg des gemeinsamen Kampfes zu schaffen. Die Bevölkerung des Westens soll in den einstimmigen Beschlüssen aller Parteien und Massenorganisationen des Demokratischen Blocks und des Deutschen Volksrats zur Schaffung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der einstimmigen Wahl ihres Präsidenten die große Kraft erkennen, die der demokratischen Bewegung in der Ostzone innewohnt und die Deutschland und das deutsche Volk vor der Katastrophe bewah-

ren wird, in die es von den westlichen Besatzungsmächten hineingetrieben werden soll.

Diese Einmütigkeit der Parteien und Organisationen in der Ostzone hebt sich würdig ab von dem traurigen Bild, das der westdeutsche Bundestag und die westdeutsche Bundesregierung in dem häßlichen Widerstreit des Parteiegoismus der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bieten, daß der Präsident der westdeutschen Bundesrepublik, Heuß, mit nur 416 Stimmen von 804 Stimmen der Bundesversammlung und der Bundeskanzler nur mit seiner eigenen Stimme, mit 202 von 402 Stimmen des Bundestages, gewählt werden konnten. Dieser Widerstreit der Parteien ermöglicht gerade den Westmächten, sie gegeneinander auszuspielen und die Pläne der Westmächte durchzuführen.

Wir stehen heute an der Wende der deutschen Geschichte. Dank der unermüdlchen Arbeit der besten Kräfte des deutschen Volkes und dank der großen Hilfe, die uns die Sowjetregierung erwiesen hat, unternehmen wir die ersten Schritte der staatlichen Selbständigkeit des deutschen Volkes. Sorgen wir alle in verantwortungsbewußter, loyaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit dafür, daß wir uns der Größe der geschichtlichen Aufgaben gewachsen zeigen und daß wir dereinst vor dem Urteil der Geschichte bestehen können. Ich appelliere an das ganze deutsche Volk, gemeinsam seine Kräfte für die Erhaltung der Einheit seines Vaterlandes und für die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages einzusetzen.

In der Einheit und im Frieden liegen Leben und Zukunft unseres Volkes begründet.

Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf:

Deutschland, das deutsche Volk, seine nationale Einheit, seine Demokratie, sein wirtschaftlicher, politischer und kultureller Aufstieg, seine Freundschaft mit der Sowjetunion und allen anderen friedliebenden Völkern, all diese Grundelemente der Deutschen Demokratischen Republik, sie leben hoch, hoch, hoch!

„Neues Deutschland“, Berlin,
12. Oktober 1949.

Glückwünsche an J. W. Stalin

Der 70. Geburtstag Stalins ist ein Feiertag der gesamten friedliebenden, fortschrittlichen Welt. Gemeinsam mit den Völkern der Sowjetunion gedenken die Millionen Werktätigen in den volksdemokratischen Ländern, in dem befreiten China, in Deutschland, in allen Ländern des Kapitalismus und der imperialistischen Herrschaft ihres großen Lehrers und treuen Freundes J. W. Stalin in Liebe und Verehrung.

Das Werk Stalins ist die Verwirklichung des jahrtausendealten Traumes der unterdrückten Menschheit, in einer Welt ohne Not und Krieg, in einer Welt ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu leben.

Stalin hat in seinem Kampf um Frieden und Sozialismus immer wieder Beweise größten Vertrauens zu den friedliebenden, demokratischen Kräften im deutschen Volk bekundet. In der Nacht der finstersten faschistischen Reaktion, aus dem Meer von Blut und unübersehbaren Ruinen strahlt das Wort von Stalin „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt!“

Die Mehrheit des deutschen Volkes unterstützte den Krieg Hitlers bis zur bedingungslosen militärischen Kapitulation. Ungeachtet der großen Opfer der Sowjetvölker an Gut und Leben bei der Verjagung der faschistischen Eindringlinge hielt Stalin an seiner grundsätzlichen Auffassung fest: die Verantwortlichen für Faschismus und Krieg zu vernichten, damit die Kräfte des Friedens in Deutschland leben und sich entwickeln können. Stalin verlangte auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 die Zerschlagung der materiellen Basis der deutschen Rüstungskonzerne und setzte sich für das Recht des deutschen Volkes auf seine wirtschaftliche und politische Einheit und nationale Unabhängigkeit ein. In dem Maße, wie die Kräfte der Demokratie und des Friedens in dem von der Sowjetmacht besetzten Teile Deutschlands wuchsen, verstärkten sich die Beweise des großen

Vertrauens der Sowjetvölker unter der Führung Stalins gegenüber dem deutschen Volk.

Während die westlichen Besatzungsmächte mit rücksichtsloser Brutalität die Wirtschaft in Westdeutschland zerstören und Waffen für den Krieg nach Europa entsenden, liefert die Sowjetunion dem deutschen Volke Rohstoffe, Maschinen, Teile von Fabrikeinrichtungen und Traktoren zur Entfaltung unserer friedlichen Produktion und Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung.

Den stärksten Ausdruck dieses Vertrauens erhielten die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes durch das Begrüßungsschreiben Stalins an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und an den Ministerpräsidenten der Provisorischen Deutschen Demokratischen Regierung. Mit der Feststellung Stalins, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstelle, bekam unser Volk eine große, zukunftsverheißende Chance. Zum erstenmal in seiner Geschichte wird dem deutschen Volk die Möglichkeit geboten, nicht durch Krieg, nicht durch räuberischen Überfall auf andere Völker, sondern durch die Erhaltung des Friedens wahren, unvergänglichen Ruhm für das Glück der Menschheit zu erwerben. Stalin versicherte in seinem Telegramm dem deutschen Volk die Unterstützung der friedliebenden Sowjetunion und sprach die feste Überzeugung aus, daß auch die volksdemokratischen Länder immer auf der Seite des deutschen Volkes stehen werden, wenn es für den Frieden kämpft.

Unser Gruß an Stalin zu seinem 70. Geburtstag ist unser Dank für die selbstlose Hilfe an das deutsche Volk, die es ihm ermöglichte, den Weg des friedlichen Aufbaus und der Freundschaft mit den friedliebenden Völkern zu gehen.

Wir Sozialisten wissen, daß die Politik der Sowjetmacht unter der Führung Stalins von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus bestimmt wird. Stalin gab durch seine wissenschaftlichen Arbeiten über die Aufgaben des Proletariats im Befreiungskampf unterdrückter Nationen der sowjetischen Außenpolitik Ziel und Richtung.

Stalin schuf als Schüler und Weggenosse Lenins, als Vollender und schöpferischer Forscher der Wissenschaft des Sozialismus

das Instrument für den Sieg der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes — die bolschewistische Partei. Er erzog die Kader der Bolschewiki, die die Zarenherrschaft stürzten, über Konterrevolution und Intervention triumphierten, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollendeten und den Faschismus aus dem Sowjetlande verjagten.

Stalin entwickelte die Leninschen Grundgedanken von dem Aufbau des Sozialismus in einem Lande. Er wurde der Baumeister der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihr Praktiker und Theoretiker zugleich. Aus den Erfahrungen der bolschewistischen Partei in der Planung, Gestaltung und Vollendung des Sozialismus lernen die Sozialisten und fortschrittlichen Menschen in allen volksdemokratischen Ländern.

Seit dem Tode Lenins hält Stalin das Banner des wissenschaftlichen Sozialismus fest in seinen Händen. Er ist der Theoretiker und Praktiker des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen des stürmischen Wachstums der sozialistischen Welt.

Stalin ist der Lenin von heute. Wie Lenin die russischen Arbeiter und Bauern zum Sieg über die Herrschaft des Zarismus führte, so führt Stalin die ganze unterdrückte Menschheit zum Sieg über die finsternen Kräfte des Krieges und der Reaktion. Sein 70. Geburtstag mahnt und verpflichtet uns deutsche Sozialisten, verpflichtet das deutsche Volk, uns seines Vertrauens würdig zu erweisen, indem wir mutig und kühn kämpfen wie er unter dem Banner des Marxismus-Leninismus für die Einheit unserer Nation, für den Frieden unseres Volkes, für die Freundschaft mit allen Völkern. Gesundheit und noch recht langes Leben für Stalin, den großen Freund der ganzen fortschrittlichen Menschheit!

„Neues Deutschland“, Berlin,

16. Dezember 1949.

Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung

Am 21. Dezember 1949 werden die klassenbewußten Arbeiter aller Länder, und darüber hinaus alle fortschrittlichen Menschen, alle wahren Freunde des Friedens, den Mann feiern und ehren, der an diesem Tage sein 70. Lebensjahr vollendet — Josef Wissarionowitsch Stalin. Diese historische Geburtstagsfeier wird zugleich eine machtvolle Manifestation der Kräfte des Friedens und Fortschritts sein, an deren Spitze die sozialistischen Heerscharen des internationalen Proletariats marschieren.

Es ist kein Zufall, daß der Name Stalin das große Banner ist, um das sich die Proletarier aller Länder, die Gegner des Krieges und der Unterdrückung sammeln. Stalin hat sich diese hohe Ehre erworben durch mehr als fünf Jahrzehnte unermüdlichen Kampfes für die Befreiung der unterdrückten Menschheit, durch seine weisen, unfehlbaren Ratschläge für die Arbeiterbewegung fast aller Länder, durch seinen unbeirraren Kampf um die Befreiung der unterjochten Kolonialvölker, durch die Führung des Sowjetvolkes im Aufbau des Sozialismus und nicht zuletzt durch seine hervorragende Rolle bei der Zerschmetterung des Hitlerfaschismus und im Kampfe um den Frieden.

Die klassenbewußten Proletarier in allen Ländern ehren in Stalin den großen Lehrer, der das Werk von Marx, Engels und Lenin in ruhmgekrönter Weise fortsetzt, der heute den lebendigen Beweis für die Fruchtbarkeit der marxistisch-leninistischen Theorie darstellt, die allmächtig ist, weil sie wahr ist.

Die Avantgarde des internationalen Proletariats ehrt in Stalin ihren großen Führer, der an der Seite Lenins die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die erste siegreiche Revolution des Proletariats, leitete, der nach dem Tode Lenins mit fester Hand das Ruder des Sowjetstaates ergriff und ihn mit sicherem Kurs zum Ufer des Kommunismus steuert. Die Avantgarde des internationalen Proletariats ehrt in Stalin ihren großen Führer, der aufmerksam die Entwicklung der revolutionären Bewegung in

den kapitalistischen Ländern verfolgt und sich nie versagt, wenn sein Rat und seine Hilfe gefordert werden, und dessen Ratschläge stets die Weisheit der marxistisch-leninistischen Theorie und die Erfahrungen der siegreichen bolschewistischen Partei verkörpern.

Die unterjochten Völker der Kolonien und Halbkolonien ehren in Stalin den treuen Freund der Unterdrückten, der seit fast zwei Menschenaltern gegen die nationale und koloniale Unterdrückung kämpft, unter dessen Führung der sowjetische Nationalitätenstaat geschaffen wurde, als das Muster für die marxistisch-leninistische Lösung der nationalen Frage, als Hort des nationalen Befreiungskampfes.

Die friedliebenden Völker der ganzen Erde ehren in Stalin den unbeirrbar Kämpfer um den Frieden, der zwischen den beiden Weltkriegen die Kriegsbrandstifter unerbittlich anprangerte, der im zweiten Weltkriege die stärkste Armee gegen die faschistischen Aggressoren organisierte und ins Feld führte, und der nach der Zertrümmerung des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus das Lager der Friedenskräfte der Welt führt. Stalin — dieser Name ist für Millionen Menschen zum Symbol des Kampfes um den Frieden geworden.

Die fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt ehren in Stalin den unversöhnlichen Feind der Reaktion und des Faschismus, der immer wieder die Vertreter der untergehenden, verfaulenden kapitalistischen Welt entlarvt, der ihre Pläne durchkreuzt, der als Leiter des fortschrittlichsten Staates der Welt der Menschheit das Beispiel ihrer besseren Zukunft gibt. Der Name Stalin ist die Verkörperung aller fortschrittlichen Bestrebungen unserer Zeit.

Darum ehrt die fortschrittliche Menschheit, und besonders die klassenbewußte Arbeiterschaft, Stalin, darum drängt sie danach, Stalin zur Vollendung seines 70. Lebensjahres ihre große Dankbarkeit und Liebe, ihre tiefe Verehrung kundzutun als nur geringe Anerkennung für all das, was wir Stalin zu danken haben.

Die Bedeutung J. W. Stalins für die deutsche Arbeiterbewegung liegt schon in dieser seiner internationalen Bedeutung begründet. Was Stalin als Wissenschaftler und Lehrer, als Staatsmann, Diplomat und Heerführer, was er als Arbeiterführer, als Stratege und Taktiker für die ganze Menschheit geleistet hat, das hat er auch für die deutsche Arbeiterbewegung getan. Ich müßte das

ganze gigantische Werk dieses großen Menschen würdigen, wollte ich diese allgemeine Bedeutung Stalins für die deutsche Arbeiterbewegung darstellen. Doch dafür ist hier nicht der Platz. Hier kommt es vielmehr darauf an, die besondere Bedeutung Stalins für die deutsche Arbeiterbewegung darzustellen. Ich will mich hier bemühen zu zeigen, wie gut Stalin die Geschichte und die Probleme der deutschen Arbeiterbewegung kennt, wie er uns wertvolle Hinweise zum Verständnis unserer eigenen Geschichte gegeben hat, wie er aus seiner gründlichen Kenntnis der deutschen Arbeiterbewegung den deutschen Arbeiterführern wertvolle Ratschläge und Hilfe gab, die — zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung — leider nicht immer richtig verstanden und ausgenutzt wurden.

I

Stalin über die deutsche Vorkriegssozialdemokratie

Im Frühjahr 1910 schrieb Genosse Stalin im Auftrage des Bakuer Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ein Flugblatt aus Anlaß des 70. Geburtstages August Bebel, in dem er die Verdienste dieses großen deutschen Arbeiterführers würdigt. In diesem Flugblatt schildert Stalin, wie August Bebel zunächst in den liberalen Arbeiterverein eintrat, 1867 zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Arbeitervereine gewählt wurde und ein Jahr später auf dem Nürnberger Parteitag die Trennung von den Liberalen durchführte. Auf diesem Vereinstag ging Bebel vom dem Satz von Karl Marx aus, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß, und erklärte:

„... deshalb müssen die Arbeiter mit der liberalen Bourgeoisie brechen und sich in einer eigenen Arbeiterpartei vereinigen.“

Gleichzeitig führte Bebel den Anschluß an die von Marx und Engels geführte Internationale Arbeiterassoziation durch. An diese Ereignisse knüpft Genosse Stalin die Schlußfolgerung:

„So wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands geboren.“

Die Organisation, die sich in Nürnberg der I. Internationale anschloß, nannte sich nach wie vor „Verband der deutschen Arbeitervereine“, erst ein Jahr später wurde in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ mit Bebel und Liebknecht als Führer gebildet. Stalin betrachtete also den Nürnberger Kongreß von 1868 als die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie, obwohl Lassalle bereits fünf Jahre früher, im Mai 1863, in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet hatte, der gewöhnlich als der Anfang der deutschen Sozialdemokratie betrachtet wird. Diese Auffassung Stalins gründet sich darauf, daß der Nürnberger Verband die erste deutsche Arbeiterorganisation war, die sich eindeutig auf den Boden des Marxismus stellte und in die Arbeiterinternationale eingliederte. Der von Lassalle gegründete Arbeiterverein war zwar organisatorisch selbständig, hing aber ideologisch und politisch am Gängelbände der Bourgeoisie.

Die erste Prüfung für die junge Partei — so schildert Genosse Stalin — war der Krieg mit Frankreich 1870. Trotz des chauvinistischen Taumels, von dem die Massen und zum Teil auch die Parteimitglieder erfaßt waren, versagten Bebel und seine Freunde ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten. Stalin zeigt an diesem Beispiel, daß es unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, gegen den Strom zu schwimmen, daß immer die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus der Leitstern für einen sozialistischen Politiker sein müssen. Er schreibt:

„...Bebel, getreu den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, läßt nicht einen Augenblick lang das Banner bis zu den irrigen Auffassungen seiner Klassenbrüder sinken — im Gegenteil, auf jede Art und Weise bemüht er sich, sie zu der klaren Erkenntnis zu bringen, wie verwerflich der Krieg ist. In der Folgezeit sahen die Arbeiter ihren Fehler ein und liebten ihren standhaften, starken Bebel um so mehr.“

Eine neue Prüfung für die Partei war das 1878 von Bismarck erzwungene Sozialistengesetz. Wiederum die Verdienste Bebels hervorhebend, entwickelt Genosse Stalin in diesem Zusammenhang die Taktik der Arbeiterpartei unter solchen Ausnahmbedingungen. Er schreibt:

„Besondere Standhaftigkeit und beispiellose Voraussicht waren notwendig, um nicht den Kopf zu verlieren, um zur rechten Zeit die Taktik zu ändern und sich richtig den neuen Verhältnissen anzupassen. Viele Sozialdemokraten gaben den Provokationen nach und verfielen in Anarchismus. Andere verflachten völlig und sanken bis zu den Liberalen herab. Bebel jedoch stand unentwegt auf dem Posten, munterte die einen auf, mäßigte den unklugen Feuereifer der anderen, entlarvte die Phrasendrescherei der dritten und steuerte geschickt die Partei auf dem richtigen Weg immer vorwärts, nur vorwärts. Zehn Jahre später mußte die Regierung der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung nachgeben und die ‚Ausnahmegesetze‘ aufheben. Die Linie Bebels hatte sich als die einzig richtige erwiesen.“

Wer die Geschichte der KPdSU(B) kennt, weiß, daß in Rußland nach der Revolution von 1905 eine ähnliche Lage entstand wie in Deutschland unter dem Sozialistengesetz. Und die Taktik, die damals von Lenin und den Bolschewiki eingeschlagen wurde, war eben die gleiche, die Stalin 1910 allen Arbeiterorganisationen in solchen Zeiten des Rückschlags empfiehlt.

Schließlich behandelt Genosse Stalin in diesem Flugblatt die Periode der schwersten Prüfung der deutschen Sozialdemokratie, als mit dem Auftreten der Revisionisten (Bernstein, Vollmar und andere) die Gefahr der inneren Zersetzung heranwuchs. Stalin hebt mit besonderer Betonung hervor, daß die Revisionisten die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus untergruben und die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie beseitigen wollten. Und er schildert mit warmer Sympathie den Kampf Bebels gegen diese Feinde auf dem Dresdner Parteitag (1903), auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam (1904), auf den Parteitagen in Jena (1905) und Nürnberg (1908).

Ogleich dieses Flugblatt anlässlich des 70. Geburtstages August Bebels verfaßt wurde, verschweigt Genosse Stalin nicht, daß Bebel auch Fehler begangen hat, die freilich verblassen im Vergleich zu seinen gewaltigen Verdiensten um die Partei.

Die gleiche Periode der deutschen Arbeiterbewegung — von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges — behandelt Genosse Stalin in einem anderen Dokument, das für das Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von außerordentlicher Bedeutung ist. Ich meine den Brief an die

Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ vom Jahre 1931. In diesem Briefe, der gegen das Einschmuggeln trotzkistischer Konterbande in sowjetische Zeitschriften gerichtet ist, beschäftigt sich Genosse Stalin eingehend mit der Rolle der Linken in der deutschen Sozialdemokratie (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Mehring und andere). Er führt dort den Nachweis, daß diese Linken in Deutschland immer wieder zwischen dem Bolschewismus und dem Menschewismus schwankten, daß sie trotz ihrem Radikalismus sich noch nicht von dem menschewistischen Gepäck befreit hatten und daß die Bolschewiki darum diese Linken nur mit ernsten Vorbehalten, unter ernster Kritik ihrer Fehler unterstützen konnten. Die Tatsachen, die Genosse Stalin zum Beweis anführt, sind auch heute noch von allergrößter Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung.

Erstens handelte es sich um die Frage nach dem Charakter und der Rolle der Partei. Bekanntlich entbrannten auf dem II. Parteitag der russischen Sozialdemokratie ernste Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Mitgliedschaft in der Partei. Während Lenin eine straffe Parteiorganisation forderte, die den Zutritt nichtproletarischer Elemente erschwert, indem sie die aktive Mitarbeit in einer Parteiorganisation fordert, wollten die Menschewiki einen formlosen Brei, der den nichtproletarischen Elementen den Zutritt erleichtert. In diesen Streit mischten sich auch die deutschen Linken ein und stellten sich auf den Standpunkt der Menschewiki. Rosa Luxemburg schrieb in der „Neuen Zeit“ einen Artikel gegen Lenin, der die verhängnisvolle Unterschätzung der Rolle der Partei durch die Linken zeigt. Rosa Luxemburg stellte der Leninschen Lehre von der Partei die Spontaneitätstheorie gegenüber, die Genosse Stalin als „Theorie des Opportunismus“ bezeichnete.

Zweitens handelte es sich um die Frage der Hegemonie des Proletariats und des Bündnisses mit der Bauernschaft. Lenin entwickelte in seiner Theorie der sozialistischen Revolution die Idee der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution und des Bündnisses mit den Bauern. Die Menschewiki lehnten die Idee der Hegemonie des Proletariats ab und traten für eine Verständigung mit der liberalen Bourgeoisie ein. Auch

in diesen Streit mischten sich die deutschen Linken ein und traten wiederum auf die Seite der Menschewiki, indem sie die Politik des Bündnisses mit der Bauernschaft ablehnten. Die darin zum Ausdruck kommende Unterschätzung der Bauernschaft ist bis auf den heutigen Tag in der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht ganz überwunden.

Drittens handelte es sich um die nationale und koloniale Frage. Während die Bolschewiki zur Entfaltung der proletarischen Revolution die Politik der Unterstützung der Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen und Kolonien auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Nationen vorschlugen, traten die Opportunisten für die Interessen ihrer imperialistischen Bourgeoisie ein. Die deutschen Linken fielen auch hierbei den Bolschewiki in den Rücken, indem sie eine halb-menschewistische Theorie des Imperialismus entwickelten, das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen ablehnten und die Bedeutung der nationalen Befreiungskämpfe leugneten. Wie bekannt, sind die deutschen Linken ihre menschewistische Einstellung zur nationalen Frage lange Zeit nicht losgeworden. Dieses verderbliche Erbstück wirkte auch später in der Kommunistischen Partei Deutschlands noch nach und hat — wie ich später zeigen werde — die deutsche Arbeiterschaft gehindert, rechtzeitig den Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch den Versailler Vertrag zu entfalten.

Indem Genosse Stalin in seinem Brief auf diese ernsthaften Fehler der deutschen Linken hinweist, zeigt er der deutschen Arbeiterbewegung einige grundlegende Probleme ihrer Politik auf, ohne deren Lösung sie ihre historische Aufgabe nicht erfüllen kann. Genosse Stalin hebt aber nicht nur die Fehler der Linken hervor, sondern er unterstreicht auch ihre revolutionären Verdienste, indem er schreibt:

„Gewiß, die Linken in Deutschland hatten nicht nur ernste Fehler. Sie haben auch große und ernste revolutionäre Taten aufzuweisen. Ich denke dabei an eine ganze Reihe ihrer Verdienste und an ihr revolutionäres Auftreten in Fragen der inneren Politik und im besonderen des Wahlkampfes, in Fragen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes, des Generalstreiks, des Krieges, der Revolution von 1905 in Rußland usw. Ebendeswegen rechneten die Bol-

schewiki mit ihnen als mit Linken und unterstützten sie, drängten sie vorwärts. Dies schafft jedoch nicht die Tatsache aus der Welt und kann sie nicht aus der Welt schaffen, daß die linken Sozialdemokraten in Deutschland zugleich eine ganze Reihe ernstester politischer und theoretischer Fehler aufzuweisen hatten, daß sie sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten und daher der ernstesten Kritik von seiten der Bolschewiki bedurften.“

Aus dieser Einschätzung der deutschen Linken ergibt sich die historische Lehre, die wir aus diesem Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen haben: die revolutionären Traditionen der deutschen Linken zu wahren und ihnen nachzueifern, und gleichzeitig den menschewistischen Ballast über Bord zu werfen, den sie nicht loswerden konnten. Dabei wird uns die ruhmreiche Geschichte der KPdSU(B), der Partei Lenins und Stalins, der beste Wegweiser sein.

II

Stalin über die deutsche Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkriege

Im Februar 1913 wurde Stalin in Petersburg verhaftet und für vier Jahre in die Verbannung geschickt. Die Jahre 1914, 1915 und 1916 verbrachte er in der Siedlung Kurejka am Polarkreis. Erst nach der Februarrevolution kehrte er nach Petrograd zurück, wo er sofort führenden Anteil an der revolutionären Bewegung nahm. In den Jahren des Bürgerkrieges sandte ihn das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei an die schwierigsten und bedrohtesten Frontabschnitte, in denen er einen Umschwung zugunsten der Sowjetmacht herbeiführte.

Als Lenin am 21. Januar 1924 verstorben war, übernahm Stalin die schwere Aufgabe der Führung der bolschewistischen Partei, der Lenkung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates und zugleich der Führung der internationalen Arbeiterbewegung. Dank seiner tiefen Kenntnis der Probleme der kommunistischen Bruderparteien, dank seiner weisen Ratschläge und wirksamen Hilfe wurde Stalin die unbestrittene Autorität für die gesamte revo-

lutionäre Bewegung in der ganzen Welt. Wie einst Marx und Engels in der internationalen Arbeiterbewegung hohe Achtung und unbestrittene Autorität besaßen, wie später Lenin von allen revolutionären Parteien anerkannt und geehrt wurde, so genießt heute Stalin die Liebe, Achtung und Anerkennung aller revolutionären Kräfte. Er ist der wahrhafte Führer des internationalen Proletariats und aller fortschrittlichen Menschen.

Der deutschen Arbeiterbewegung besonders hat Stalin unschätzbare Dienste erwiesen. Immer wieder hat er die Lage Deutschlands analysiert, die Besonderheit der komplizierten Entwicklung Deutschlands hervorgehoben und damit den deutschen revolutionären Arbeitern wertvolle Hinweise zur Entfaltung ihres Kampfes gegeben. Oft genug wurde von den Führern der deutschen Arbeiterbewegung sein Rat in Anspruch genommen, oft genug wurde er in inneren Parteiangelegenheiten befragt, und stets war sein Ratschlag der richtige Weg, stets verstand er, das Augenmerk auf das Hauptsächlichste zu lenken, um der Partei zu helfen, die Grundlinie ihrer Politik richtig herauszuarbeiten.

Wiederholt hat sich Genosse Stalin mit der Lage Deutschlands unter dem Versailler Vertrag beschäftigt. Nach der Londoner Konferenz der Entente im Juli/August 1924 wies er in einem Aufsatz zur internationalen Lage darauf hin, daß die Entente die Absicht verfolgt, Deutschland gründlich und systematisch auszurauben, daß ihre Reparations- und Kontrollpläne darauf hinauslaufen, Deutschland in eine Kolonie der Entente zu verwandeln, daß sie diese Rechnung aber ohne den Wirt, das deutsche Volk, aufstellte. Stalin hob hervor, daß der auf der Londoner Konferenz angenommene Dawesplan für die deutsche Arbeiterklasse eine doppelte Ausbeutung bedeutet, die Ausbeutung durch das eigene und das ausländische Kapital. Genosse Stalin bezeichnete die Dawesierung Deutschlands als „Übergang von den Methoden der militärischen Intervention zu den Methoden der finanziellen Intervention, zu den Methoden der finanziellen Versklavung Deutschlands“. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) im Dezember 1925 wiederholte Genosse Stalin diesen wertvollen Hinweis, indem er von der finanziellen Ausbeutung Deutschlands durch den Dawesplan sprach, der Deutschland insgesamt eine Reparations-

last von 130 Milliarden Goldmark aufbürdete. Genosse Stalin hob noch einmal hervor, daß dies für das deutsche Volk eine doppelte Auspressung bedeutet, „den Druck der deutschen Bourgeoisie in bezug auf das Proletariat Deutschlands und den Druck des ausländischen Kapitals in bezug auf das ganze deutsche Volk“. Leider hat es die Kommunistische Partei Deutschlands damals nicht verstanden, aus diesen wertvollen Hinweisen die notwendigen taktischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie hat es verabsäumt, den Kampf um die Klasseninteressen des Proletariats mit dem Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu verbinden. Sie hat es verabsäumt, rechtzeitig ein Programm der sozialen und nationalen Befreiung zu formulieren. Damit hatte die KPD es den Faschisten erleichtert, ihre nationale und soziale Demagogie zu betreiben. Erst viel später wurde unter der Führung Ernst Thälmanns ein solches Programm formuliert. Doch da waren schon wertvolle Jahre verstrichen, die Faschisten hatten in den Massen Fuß fassen können und waren zu einer Massenbewegung geworden. Dem deutschen Volke und besonders den deutschen Arbeitern wäre viel Leid erspart geblieben, wenn sie rechtzeitig die Lehren aus der Stalinschen Analyse gezogen hätten.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte Genosse Stalin die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland. Er wurde dabei nicht müde, den deutschen Arbeitern immer wieder zu sagen, daß ohne die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf an eine siegreiche Revolution, an die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht zu denken ist. Das Grundproblem war dabei für Deutschland die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeitermassen von ihren rechten, opportunistischen Führern. Im Februar 1925 erklärte Stalin in einem Gespräch mit einem deutschen Kommunisten:

„Für den Sieg dieser Revolution ist außerdem notwendig, daß die Kommunistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse vertritt, daß sie zur entscheidenden Kraft in der Arbeiterklasse wird. Es ist notwendig, daß die Sozialdemokratie entlarvt und zerschlagen wird, daß sie zu einer verschwindenden Minderheit in der Arbeiterklasse herabgedrückt wird. Ohne dies ist an die Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.“

Damit die Arbeiter siegen können, muß sie *ein* Wille beseelen, muß sie *eine* Partei führen, eine Partei, die das unbestrittene Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse besitzt. Wenn es innerhalb der Arbeiterklasse zwei miteinander konkurrierende gleich starke Parteien gibt, dann ist selbst bei günstigen äußeren Bedingungen ein dauerhafter Sieg unmöglich. Lenin war der erste, der in der Periode vor der Oktoberrevolution hierauf, als auf der notwendigsten Voraussetzung des Sieges des Proletariats, besonders bestand.“

Dieser klare Hinweis fordert die Vernichtung des Opportunismus mit der gleichen Entschiedenheit, wie er jeden Putschismus einer entschlossenen Minderheit streng verurteilt. Daraus ergibt sich das unabänderliche Gesetz für den Sieg der proletarischen Revolution: Nur die Arbeiterpartei, die die Mehrheit ihrer Klasse auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes um sich geschart hat, kann den Sieg erringen.

Für die Gewinnung der Mehrheit ist aber die Stellung zu den Gewerkschaften von außerordentlicher Bedeutung, denn diese stellen die breitesten Massenorganisationen des Proletariats dar. Darum hat Genosse Stalin der Gewerkschaftsfrage stets außerordentliche Aufmerksamkeit gewidmet und besonders gegen die „Ultralinken“ in der deutschen Kommunistischen Partei einen unversöhnlichen Kampf geführt, die mit der Losung „Raus aus den Gewerkschaften“ den Schwierigkeiten der Arbeit in den Verbänden aus dem Wege gehen wollten. Genosse Stalin trat für die Einheit der Gewerkschaften ein, wobei er zugleich gegen den engen Berufsgeist und die reformistische Praxis der Gewerkschaften in Westeuropa auftrat. Im Jahre 1925 wies Genosse Stalin auf den Unterschied zwischen den Gewerkschaften in Rußland und in Deutschland hin. Er hob die Tatsache hervor, daß in Deutschland (im Gegensatz zu Rußland) die Gewerkschaften dem Arbeiter näherstehen als die Partei, daß die parteilosen Arbeiter in den Gewerkschaften ihre Festungen im Kampfe gegen das Kapital sehen und daß die Partei darum keinen Kampf gegen die Gewerkschaften als solche führen dürfe, wie die „Ultralinken“ wollten, sondern den Kampf in den Gewerkschaften um die Gewerkschaften führen müsse. Stalin erklärte damals, daß man in Westeuropa die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht gewinnen könne, ohne die Gewerkschaften zu gewinnen,

und daß man die Gewerkschaften nicht gewinnen könne, ohne in ihnen zu arbeiten und seinen Einfluß in ihren Reihen zu stärken. Im Jahre 1925 stellte Genosse Stalin den kommunistischen Parteien im Westen die Aufgabe, den Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu entfalten und zu Ende zu führen, alle Kommunisten sollten unbedingt in die Gewerkschaften eintreten, dort eine systematische Arbeit zur Vereinigung der Arbeiter in der Einheitsfront gegen das Kapital führen und damit Stützpunkte für die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften schaffen.

Auch diese wertvollen taktischen Ratschläge hatten sich die deutschen Kommunisten nicht genügend zu eigen gemacht. Nur unter großen Schwierigkeiten und Schwankungen vermochten sie in ihren eigenen Reihen diese leninistische Gewerkschaftstaktik durchzusetzen. Dabei wurden sie durch Überreste des Sektierertums der „Ultralinken“ gehemmt, das durch die Ausschlußtaktik der reformistischen Gewerkschaftsbükratie immer neue Nahrung erhielt. Es war den deutschen Kommunisten nicht geglückt, die Gewerkschaften in Deutschland wieder zu Organen des Klassenkampfes zu gestalten. Die reformistischen Gewerkschaftsbükraten behielten die Führung. So konnte es geschehen, daß die freien deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933 kampflos kapitulierten und in die faschistische Arbeitsfront übergeführt werden konnten. Auch diese bitteren Erfahrungen hätten sich die deutschen Arbeiter ersparen können, wenn sie den Mahnungen des Genossen Stalin mehr Gehör geschenkt hätten.

Gerade die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehrt, daß die Arbeiterklasse nicht zu siegen vermag, wenn sie nicht über eine festgefügte, zielklare marxistisch-leninistische Partei verfügt. 1918 hat die deutsche Arbeiterklasse eine Niederlage erlitten, weil die deutsche Sozialdemokratie keine solche Partei war, weil ihre rechten Führer die Revolution verrieten und mit der Reaktion einen Pakt gegen die revolutionäre Arbeiterklasse abschlossen und weil die Linken infolge ihrer Schwächen und Fehler nicht in der Lage waren, die Revolution siegreich zu Ende zu führen. 1923 hat die deutsche Arbeiterklasse eine Niederlage erlitten, weil die opportunistische Führung der KPD dem Kampfe

auswich und mit den Führern der Sozialdemokratie paktierte. Diese Tatsachen erklären schon, daß Genosse Stalin sich wiederholt mit der Frage der Entwicklung der KPD zu einer Partei neuen Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei befaßte. Als die Kommunistische Partei Deutschlands 1924 die Brandlerkrise überwunden hatte, begann der Kampf um die Umwandlung der KPD in eine Partei neuen Typus, in eine marxistisch-leninistische Kampfpartei. Dieser Kampf mußte gegen einen Teil der neuen Parteiführer, gegen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, durchgeführt werden. Um den deutschen Kommunisten diesen Kampf zu erleichtern, entwickelte Genosse Stalin im Februar 1925 in dem bereits erwähnten Gespräch mit einem deutschen Kommunisten zwölf Grundbedingungen für die Entwicklung zur Partei neuen Typus. Diese Bedingungen sind von prinzipieller Bedeutung und haben auch für unseren Kampf heute volle Gültigkeit. Sie lauten:

„1. Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparats betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon zuweilen gewisse anarcho-syndikalistische Elemente faseln, sondern als die *höchste* Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, zu *führen*.

2. Es ist notwendig, daß die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis untrennbar verbunden ist, voll bemächtigen.

3. Es ist notwendig, daß die Partei die Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeitet, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt mit in Rechnung gestellt werden müssen.

4. Es ist notwendig, daß die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen überprüft.

5. Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf neue, revolutionäre Art umgestellt wird, darauf berechnet, daß jeder Schritt der Partei, jede ihre Aktion naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt.

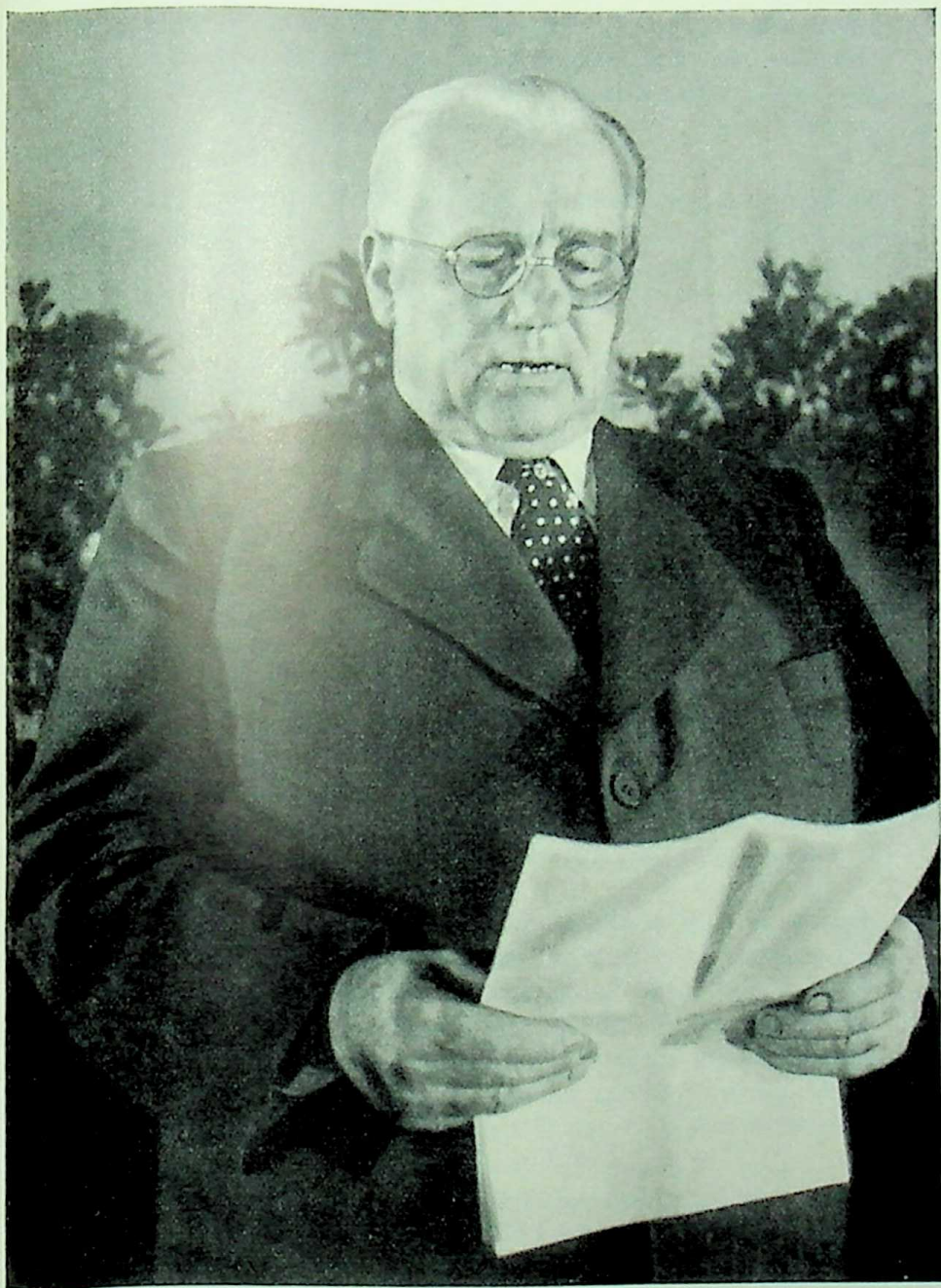
6. Es ist notwendig, daß die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen.

7. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteuerertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu meistern, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verbinden.

8. Es ist notwendig, daß die Partei ihre Fehler nicht verhüllt, daß sie die Kritik nicht fürchtet, daß sie es versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.

9. Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein, und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.

10. Es ist notwendig, daß die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigt, wobei sie die Erreichung einer maximalen Einheitlichkeit als Ziel vor Augen haben muß.



*Wilhelm Pieck bei seiner Antrittsrede nach der einstimmigen Wahl zum Staatspräsidenten
am 11. Oktober 1949*



11. Es ist notwendig, daß die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die auf der Grundlage der ideologischen Einheit, der Klarheit der Ziele der Bewegung, der Einheit des praktischen Handelns und des bewußten Verhaltens der breiten Parteimassen zu den Aufgaben der Partei erwächst.

12. Es ist notwendig, daß die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft, da ohne diese Bedingung die Gefahr besteht, daß sie sich in leere Versprechungen verwandelt, die nur geeignet wären, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.“

Wie die Geschichte bewies, waren die Ruth Fischer, Maslow usw. nicht fähig, diese Bedingungen zu erfüllen, und sie wurden von der Partei über Bord geworfen. An der großen politischen Auseinandersetzung, die sich dabei abspielte, hat Genosse Stalin aktiv teilgenommen, indem er die Heuchelei und das konterrevolutionäre Wesen dieser Gruppe entlarvte. Wie recht Genosse Stalin in seiner damaligen Einschätzung der Lage hatte, beweist die Tatsache, daß diese selbe Ruth Fischer heute Agentin des amerikanischen Geheimdienstes ist. Ebenso hat Genosse Stalin die KPD 1928 im Kampf um die Zertrümmerung der Fraktion Brandler und Thalheimer unterstützt, als diese bankrotten opportunistischen Führer den Versuch unternahmen, durch Fraktionsarbeit die Autorität des Thälmannschen Zentralkomitees zu untergraben. Auch die Brandlerleute sind nach ihrem Ausschluß aus der KPD schließlich im Sumpfe des amerikanischen Imperialismus gelandet.

Im Kampf um die Partei neuen Typus bildete sich eine neue Führung der KPD mit Ernst Thälmann an der Spitze heraus, die durch ihre folgerichtige Politik die Partei auf dem Wege zu einer marxistisch-leninistischen Partei ein großes Stück vorwärtsbrachte. Wenn sie diesen Weg auch nicht zu Ende gehen konnte, so zeugt es doch von den Erfolgen dieser neuen Führung, wenn Genosse Stalin im März 1926 dem ZK der KPD das hohe Lob spenden konnte:

„Es ist ein leninistisches ZK. Dies ist gerade die führende Arbeitergruppe, die die deutsche Kommunistische Partei jetzt braucht.“

Trotz der unbestreitbaren Erfolge der Parteiführung unter Ernst Thälmann gelang es nicht vollständig, die KPD zu einer

Partei neuen Typus zu machen. Die Partei vermochte nicht, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden und die Massen unter ihre revolutionäre Führung zu bringen. Sie vermochte dies nicht, weil sie selbst einige ernsthafte politische Fehler beging, und vor allem, weil alle Vorschläge zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront an der verräterischen Politik der rechten Führer der SPD scheiterten. Die Nutznießer waren die Faschisten, die im Jahre 1933 ihre blutige Diktatur errichteten. Die deutsche Arbeiterklasse erlitt ihre dritte Niederlage, weil sie keine marxistisch-leninistische Partei besaß, die die Mehrheit der Werktätigen um ihre Banner zu sammeln vermochte.

III

Stalin über die deutsche Arbeiterbewegung unter dem Faschismus und nach dem Kriege

Die deutsche Bourgeoisie konnte 1933 die Krise des parlamentarischen Systems mit Hilfe der faschistischen Diktatur liquidieren, weil der Faschismus in Gestalt der sogenannten nationalsozialistischen Bewegung eine breite Massenbasis mit Hilfe eines nationalen und sozialen Betruges geschaffen, der einzig in der Geschichte dasteht. Breite Schichten des deutschen Volkes, bis in die Reihen der unentwickelten Arbeiter, glaubten den Nazis ihre Lügen. Sie glaubten auch daran, daß Hitler die nationale Befreiung Deutschlands von den Fesseln des Versailler Vertrages anstrebt, und sie glaubten auch daran, daß die Nazis den „deutschen Sozialismus“ wollten. Die Röhmrevolte 1934 beruhte zum Teil auf diesem Glauben. Dieser Glaube der Massen wurde noch dadurch verstärkt, daß Hitler seine außenpolitische Aufgabe zunächst darin sah, die Folgen des Versailler Vertrages zu beseitigen und damit den Nimbus des „nationalen Befreiers“ zu erwerben. Daß ihm dies infolge des Zurückweichens der Westmächte anfänglich ohne Krieg gelang, verstärkte seinen Einfluß.

Der marxistische Teil der deutschen Arbeiterbewegung ist zwar nicht diesem Massenbetrug der Nazis erlegen, er wurde

aber so grausam unterdrückt, daß er nur geringe Aufklärungsmöglichkeiten hatte. Auch als der Ausbruch des Krieges den wahren Charakter des Hitlerfaschismus vor aller Welt enthüllte, blieb dem deutschen Volk diese Erkenntnis verschlossen, weil die leichten Siege der deutschen Wehrmacht in Polen, Frankreich usw. das deutsche Volk in einen chauvinistischen Siegestaumel gestürzt hatten. Die Entlarvung des räuberischen, imperialistischen und reaktionären Charakters des Hitlerfaschismus wurde somit zur wichtigsten Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

Auch hierbei kam Genosse Stalin den deutschen Arbeitern zu Hilfe. In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1941 analysierte er den Charakter der deutschen Nationalsozialisten. Er sagte:

„Kann man die Hitlerleute für *Nationalisten* halten? Nein, das kann man nicht. In Wirklichkeit sind die Hitlerleute jetzt keine Nationalisten, sondern *Imperialisten*.“

Und Stalin begründete diese These damit, daß die Nazis fremde Gebiete geraubt und europäische Nationen unterjocht hatten, wie die Tschechen, Slowaken, Polen, Norweger, Dänen, Holländer, Belgier, Franzosen, Serben, Griechen, Ukrainer, Bjelorussen, Balten usw., und daß sie die Weltherrschaft anstreben. Und Stalin schlußfolgerte:

„Die Partei der Hitlerleute ist eine Partei von *Imperialisten*, und zwar der gierigsten und räuberischsten *Imperialisten* unter allen *Imperialisten* der Welt.“

Weiter sagt Genosse Stalin:

„Kann man die Hitlerleute für *Sozialisten* halten? Nein, das kann man nicht. In Wirklichkeit sind die Hitlerleute geschworene Feinde des Sozialismus, die schlimmsten Reaktionäre und Pogromhelden, die die Arbeiterklasse und die Völker Europas der elementarsten demokratischen Freiheiten beraubt haben.“

Genosse Stalin weist darauf hin, daß die Nazis die Parteien und Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten vernichtet hatten, daß sie mittelalterliche Judenpogrome veranstalteten, daß sie die Rechte der Arbeiter und der Intellektuellen mit Füßen traten usw. Daraus zog Genosse Stalin die Schlußfolgerung:

„Die Hitlerpartei ist eine Partei der Feinde der demokratischen Freiheiten, eine Partei mittelalterlicher Reaktion und finsterster Pogrome.“

Am 1. Mai 1942 hob Genosse Stalin nochmals diesen wahren Charakter der deutschen Faschisten hervor. In seinem Befehl an die Rote Armee schrieb er:

„In Wirklichkeit sind die deutschen Faschisten nicht Nationalisten, sondern Imperialisten, die fremde Länder annectieren und ihnen das Blut aussaugen, um die deutschen Bankiers und Plutokraten zu bereichern. Göring, ein Oberhaupt der deutschen Faschisten, ist bekanntlich selbst einer der größten Bankiers und Plutokraten, der Dutzende von Betrieben ausbeutet. Hitler, Goebbels, Ribbentrop, Himmler und die anderen Machthaber des heutigen Deutschlands sind die Kettenhunde der deutschen Bankiers, die deren Interessen über alle anderen Interessen stellen. Die deutsche Armee ist in den Händen dieser Herren ein blindes Werkzeug, dazu berufen, das eigene und fremdes Blut zu vergießen, sich und andere zu Krüppeln zu machen, und das nicht um Deutschlands Interessen willen, sondern zur Bereicherung der deutschen Bankiers und Plutokraten.“

Man kann nicht behaupten, daß diese klare Einschätzung der Nazis, die durch den weiteren furchtbaren Verlauf der Geschichte noch erhärtet wurde, schon Gemeingut des deutschen Volkes geworden sei. Sonst wäre nicht die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß in rückständigen deutschen Köpfen noch immer Überreste der Naziideologie spuken. Die richtige Erkenntnis des Wesens des Hitlerfaschismus als Werkzeug des deutschen Monopolkapitals ist aber ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Erziehung unseres Volkes.

Indem sie den feigen Überfall Hitlers auf die Sowjetunion zuließ, hat die deutsche Arbeiterklasse die feierlichen Versprechungen gebrochen, die sie wiederholt dem Sowjetvolke gegeben hatte, das erste sozialistische Land der Welt zu schützen. Gewiß, der beste Teil des deutschen Proletariats, besonders die Kommunisten, wurde grausam verfolgt. Zehntausende waren im Kampfe gegen den Faschismus gefallen, Hunderttausende, unter ihnen Ernst Thälmann, saßen in Kerkern und Konzentrationslagern. Aber das ganze deutsche Volk hatte doch von der früheren Freundschaft mit der Sowjetunion Nutzen gezogen. Die

Sowjetunion war die einzige Großmacht, die den Versailler Vertrag ablehnte. Im Jahre 1922 machte die Sowjetregierung der deutschen Regierung in Rapallo ein Angebot wirtschaftlicher und diplomatischer Hilfe, das es Deutschland hätte ermöglichen können, ohne imperialistische Abenteuer aus den Ketten des Versailler Vertrages herauszukommen und den Weg des friedlichen Aufbaus zu beschreiten. Während der großen Krise haben die Sowjetaufträge Hunderttausenden deutschen Familien die Existenz gesichert. Das deutsche Volk hatte mehr als andere Völker Grund, der Sowjetunion dankbar zu sein. Es hat die Freundschaft der Sowjetunion schlecht gelohnt. Unter schnödem Bruch des 1939 feierlich geschlossenen Nichtangriffspaktes fiel die deutsche Wehrmacht in das Sowjetland ein. Die von Rassenwahn angestachelten und in Judenpogromen gedrillten Hitlerschergen begingen furchtbare Grausamkeiten gegen die sowjetische Zivilbevölkerung, gegen Greise, Frauen und Kinder. Großschnäuzig erklärte Hitler dem türkischen General Erkilet:

„Wir werden Rußland vernichten, daß es sich niemals mehr erheben kann.“

Und er versuchte auch, dieses barbarische Programm zu verwirklichen — nicht an ihm hat es gelegen, wenn dies nicht gelang.

Und trotz alledem hat die Sowjetregierung niemals Haß gegen das deutsche Volk gepredigt, hat sie sich niemals von dem Gedanken der Rache gegen das deutsche Volk leiten lassen. Davon legen die Reden und Äußerungen des Genossen Stalin in allen Etappen des Krieges ein klares Zeugnis ab. Immer und immer wieder hat Genosse Stalin betont, daß ein Unterschied zwischen den Nazibanditen und dem deutschen Volke besteht, daß das deutsche Volk selbst von dem Hitlerfaschismus unterdrückt wird, daß diese Unterdrückung ein schwacher Punkt des Hitlerregimes ist, daß die Rote Armee nicht das deutsche Volk vernichten will, sondern das Hitlersystem. Bereits in seiner ersten Rundfunkrede nach Kriegsausbruch, am 3. Juli 1941, unmittelbar nach dem vertragsbrüchigen Überfall Hitlers, erklärte Genosse Stalin:

„In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.“

Leider hat gerade das deutsche Volk diese Erwartungen am wenigsten erfüllt. Die Widerstandsbewegung in Deutschland blieb auf kleine Gruppen beschränkt, die das Hitlersystem nicht ernstlich erschüttern konnten, die Zahl der Überläufer an der Front war relativ gering. Aber auch das änderte nichts an der Stellung Stalins und der Sowjetregierung zum deutschen Volke. Am 23. Februar 1942, als Hitler zwar die Niederlage bei Moskau erlitten hatte, die deutsche Wehrmacht aber noch nicht gebrochen war, erklärte Stalin in einem Befehl zum 24. Jahrestag der Roten Armee:

„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich ein dummes Gefasel und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

Und an einer anderen Stelle dieses Befehls sagte er:

„In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Sowjetmenschen die Deutschen eben als Deutsche haßten, daß die Rote Armee die deutschen Soldaten eben als Deutsche, aus Haß gegen alles Deutsche, vernichte, daß die Rote Armee darum deutsche Soldaten nicht gefangennehme. Das ist natürlich ebenfalls eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Die Rote Armee ist vom Gefühl des Rassenhasses frei. Sie ist frei von solch einem entwürdigenden Gefühl, weil sie im Geiste der Gleichberechtigung der Rassen und der Achtung der Rechte anderer Völker

erzogen ist. Man darf außerdem nicht vergessen, daß in unserem Lande jede Äußerung von Rassenhaß gesetzlich bestraft wird.“

Solche Worte fand der Führer des Volkes, das am meisten unter dem deutschen Überfall gelitten hatte, während die Vansittart und Morgenthau Pläne zur Vernichtung der deutschen Nation schmiedeten.

Am 6. November 1942, unmittelbar vor der großen Schlacht bei Stalingrad, die mit der Vernichtung zweier deutscher Armeen endete, wiederholte und verstärkte Genosse Stalin diese Erklärung. Er sagte:

„Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Rußland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten — das kann man und soll man . . .

Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, daß das in bezug auf Deutschland ebenso wie auch in bezug auf Rußland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers unzweckmäßig ist. Aber die Hitlerarmee vernichten — das kann man und soll man.“

Hitlers Erklärungen über die Vernichtung, Rußlands waren großmäulige Drohungen, die wahrzumachen er nie in der Lage war. Im Mai 1945 hatte die Sowjetarmee den Großteil der deutschen Wehrmacht zertrümmert und die deutsche Hauptstadt eingenommen. Deutschland hatte bedingungslos kapituliert und war den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Aber nicht einen Augenblick dachte die Sowjetregierung an Rache gegenüber dem deutschen Volk. Die sowjetische Militärverwaltung, die in der Ostzone die oberste Regierungsgewalt übernahm, ging unverzüglich daran, die von Stalin während des Krieges verkündete Politik durchzuführen. Schonungslos wurden die Überreste des faschistischen Staates ausgerottet und die faschistischen Kriegsverbrecher, deren man habhaft werden konnte, ihrer gerechten Strafe zugeführt. Und gleichzeitig gingen die Sowjetorgane daran, aus den demokratischen Elementen der Bevölkerung neue Verwaltungsorgane aufzubauen. Sie stützten sich dabei in erster Linie auf die alten Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung, die meist aus den Konzentrations-

lagern kamen oder aus der Emigration heimkehrten. So verwirklichten sie das Versprechen, das Stalin während des Krieges dem deutschen Volke gegeben hatte.

Als im Sommer 1945 die Konferenz der Sieger in Potsdam über das weitere Schicksal Deutschlands entscheiden sollte, war es vor allem Stalin, der darauf bestand, die Einheit Deutschlands und des deutschen Staates zu erhalten. Die Potsdamer Beschlüsse atmen in dieser Hinsicht seinen Geist. Das deutsche Volk hat es vor allem Stalin zu danken, daß es im Potsdamer Abkommen die völkerrechtliche Grundlage für den Kampf um die Erhaltung seiner Einheit und nationalen Existenz erhielt.

Schon damals wurde von Stalin der Vorschlag gemacht, eine provisorische deutsche Regierung zu bilden. Der Vorschlag wurde jedoch von Churchill und Truman abgelehnt.

Die Westmächte haben sich nicht an das Potsdamer Abkommen gehalten. Entgegen seinem klaren Wortlaut haben sie Deutschland gespalten und in ihren Besatzungszonen die demokratische Entwicklung verhindert. Nur in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurden Geist und Buchstabe des Potsdamer Abkommens streng beachtet. Darum konnte hier eine neue, demokratische Ordnung geschaffen werden, die zur Grundlage der Deutschen Demokratischen Republik wurde. Wiederum war es Stalin, der als erster Staatsmann das deutsche Volk zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Bildung der provisorischen Regierung beglückwünschte und dieses Ereignis als einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellte. Dabei hob er besonders die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf um den Frieden hervor.

Die demokratische Entwicklung in der Ostzone Deutschlands bot auch der deutschen Arbeiterbewegung die Möglichkeit einer neuen Entwicklung. Ungehindert durch äußere Einflüsse konnte die Arbeiterklasse in der Ostzone die Lehren aus ihrer leidvollen Vergangenheit ziehen und die unselige Spaltung in ihren Reihen überwinden. Der Tag der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde zum Tag der Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung. Unsere SED ist noch keine Partei neuen Typus, wie sie Lenin und Stalin fordern. Aber sie ist auf dem

Wege dazu, es zu werden. Je gründlicher wir dabei das Werk von Marx, Engels, Lenin und Stalin studieren, je sorgfältiger wir uns besonders die Ratschläge aneignen, die Genosse Stalin unmittelbar der deutschen Arbeiterbewegung gab, desto leichter und kürzer wird dieser Weg sein.

Beherzigen wir die Ratschläge, die unser großer Lehrer und Führer der deutschen Arbeiterbewegung gab, und der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Landjugend zu hohen Leistungen fähig

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, richtete folgendes Schreiben an den Kongreß der Jungen Aktivistinnen der Landwirtschaft in Schwerin:

Liebe junge Freunde!

Mit großem Interesse habe ich den Entwurf des Landjugendprogramms gelesen, der mir vom Zentralrat der FDJ überreicht wurde. Er läßt erkennen, daß sich unsere Landjugend, allen voran die jungen Aktivistinnen der Landwirtschaft, der großen Aufgaben bewußt ist, die sie für die Verwirklichung der Wirtschaftspläne, bei der Erringung von Friedenserträgen unserer Landwirtschaft und bei der Neugestaltung der sozialen und kulturellen Verhältnisse in unseren Dörfern zu erfüllen hat. Unsere neue Landjugend soll eine kulturell hochstehende Jugend sein, die durch Wissen und Können auch hohe Leistungen zu vollbringen vermag. Es soll eine arbeitende und lernende, eine fröhliche und lebensbejahende Jugend sein. Ich bin gewiß, daß die Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik alles tun wird, um die Forderungen dieser Jugend so bald und so vollständig wie möglich zu erfüllen.

Ich wünsche Eurem Kongreß der Jungen Aktivistinnen der Landwirtschaft vollen Erfolg in seiner Arbeit. Mögen seine Ergebnisse ein neuer Beweis dafür werden, daß sich in der deutschen Jugend wirklich unseres Volkes bestes Streben vereint. Mit herzlichen Grüßen

Wilhelm Pieck,

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 15. Dezember 1949.

*„Tägliche Rundschau“, Berlin,
16. Dezember 1949.*

Mit frischer Kraft zu neuen Erfolgen!

Neujahrsbotschaft an das gesamte deutsche Volk

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Ein neues Jahr beginnt, das uns vor große Aufgaben stellen, aber auch neue Erfolge bringen wird. Der größte Erfolg im vergangenen Jahr war die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist hervorgegangen aus dem Kampfe um den Frieden und um die Einheit Deutschlands. Sie ist das Ergebnis der engen Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte aus allen Parteien und Massenorganisationen. Der Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands war die große nationale Aufgabe der im Dezember 1947 eingeleiteten Volkskongreßbewegung, die sich inzwischen zur Schaffung der *Nationalen Front für Frieden und Einheit* entwickelte.

In diesem Zeichen standen auch die Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß im Mai des vergangenen Jahres, die ein machtvolles Bekenntnis unseres Volkes für diesen Kampf waren. Getragen von diesem Vertrauen, nahm der Dritte Deutsche Volkskongreß die Neuwahl des Deutschen Volksrats vor und bestätigte die von den breitesten Volkskreisen beratene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. So wurde der Weg für die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik vorbereitet, die am 7. Oktober des vergangenen Jahres erfolgte.

Völlig entgegengesetzt dieser fortschrittlichen, demokratischen Entwicklung vollzieht sich die Entwicklung im Westen Deutschlands. Unter Bruch des bekannten Potsdamer Abkommens der vier Mächte haben die Westmächte den von ihnen besetzten Teil von Deutschland losgerissen und einen separaten Weststaat gebildet, der durch das von ihnen erlassene Besatzungsstatut vollkommen ihren Machtbefugnissen unterworfen ist. Die Wirtschaft wird durch den Marshallplan, durch Demontagen und Entzug der wichtigsten Rohstoffe immer mehr zerrüttet. Die Arbeitslosigkeit und Bankrotte der kleinen Unternehmungen nehmen

von Tag zu Tag zu, und das Leben der werktätigen Massen wird immer unerträglicher. Das Ruhrgebiet wurde aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgerissen, und alle Maßnahmen sind darauf eingestellt, Westdeutschland zu einer Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus zu machen. Hinzu kommt, daß von den Westmächten alle Vorbereitungen zu einem neuen Krieg gegen den Osten getroffen werden, für den der Weststaat als Aufmarschgebiet und die westdeutsche Bevölkerung als Kanonenfutter dienen sollen. Und alle diese Anschläge gegen das Leben und die Zukunft unseres Volkes werden von den westdeutschen Politikern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie unterstützt. Sie verüben einen ungeheuren Betrug gegenüber dem deutschen Volke.

Durch eine schamlose *Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik* suchen sie die westdeutsche Bevölkerung für die Pläne der imperialistischen Westmächte zu gewinnen. Sie reden von Frieden und unterstützen durch ihre Hetze die Kriegsvorbereitungen. Sie reden von der Einheit und betreiben eine immer tiefere Spaltung Deutschlands. Sie reden von der Befreiung des Ostens und machen Westdeutschland zur Kolonie der imperialistischen Westmächte. Sie reden von Wohlstand und machen Millionen Menschen arbeits- und brotlos. Sie reden von nationaler Unabhängigkeit und machen das Bonner Parlament und die Bonner Regierung zu gefügigen Werkzeugen der Hohen Kommissare. So rufen wir die westdeutsche Bevölkerung zum Kampfe um den Frieden und um die Einheit Deutschlands, zur Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf. Gemeinsam mit ihnen wollen wir für ganz Deutschland die einheitliche, demokratische und friedliebende Republik schaffen.

Von diesem nationalen Gebot ließ sich der Deutsche Volksrat am 7. Oktober des vergangenen Jahres leiten, als er die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft setzte und sich entsprechend dieser Verfassung zur Provisorischen Volkskammer konstituierte. Die von der Provisorischen Volkskammer gewählte Regierung hat *eine hohe Aufgabe* gegenüber dem deutschen Volke übernommen. Um sie zu erfüllen, müssen sich alle deutschen Patrioten in der Nationalen Front des demokratischen

Deutschland zusammenfinden. Ihnen allen, wo immer sie auch weltanschaulich oder politisch stehen, wollen wir am Beginn des neuen Jahres erneut unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zum gemeinsamen Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands bekräftigen.

WEITERE VERBESSERUNGEN IN DER LEBENSHALTUNG

Das vergangene Jahr hat uns in der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung beachtliche Fortschritte gebracht. Das Jahr 1950 soll *weitere Verbesserungen in der Lebenshaltung unserer Bevölkerung* bringen. Es wird der Abschluß unseres Zweijahrplans erfolgen, von dem einige Planziele schon jetzt übererfüllt sind. Die große heroische Aktivistenbewegung ermöglichte unserer Regierung, Zusatzpläne auszuarbeiten, die die wirtschaftliche Entwicklung noch schneller vorantreiben werden. Wir können bereits einen Neuaufbau großer Zweige unserer Friedenswirtschaft verbuchen. Neue Siemens-Martin-Öfen, neue Hochöfen und Walzwerke, neue Großbetriebe unserer Grundstoffindustrie wurden im vergangenen Jahr errichtet oder in Angriff genommen. Voll Stolz blicken wir auf die wiedererstandenen Zeiß-Werke, auf die neuen großen Werften an der Ostseeküste und auf die wiederhergestellten Maschinenfabriken. Diese industrielle Leistung gestattet uns, die Landwirtschaft mit den erforderlichen Maschinen, Geräten und Düngemitteln zu versorgen, damit sie in ihrer Produktion die Friedenshektarerträge erreicht. Sie gestattet uns auch, unsere Aus- und Einfuhr zu einer besseren Versorgung unserer Bevölkerung zu entfalten. Dieser erfolgreiche Neuaufbau unserer Friedenswirtschaft ist in erster Linie der großen Bewegung unserer Aktivisten und der vorbildlichen Arbeit unserer Jugend zu danken. Unsere werktätigen Menschen in Stadt und Land haben begriffen, daß wir mehr und besser arbeiten müssen, um besser leben zu können.

DIE WAHLEN DES JAHRES 1950

Mit der weiteren Entfaltung des Ausbaus unserer Friedenswirtschaft wird es uns gelingen, die Lebenshaltung unseres Volkes

immer mehr zu verbessern und sogar einen neuen, höheren Wohlstand als den der Vorkriegszeit zu erreichen. Diesem großen Ziel wird unsere Regierung mit ihrer ganzen Arbeit auch im kommenden Jahre dienen. In dem ständigen Bestreben, die Lage des werktätigen Volkes zu verbessern, wird die Regierung auch die notwendige Hilfe für die Alten, die Invaliden, die Heimkehrer und Umsiedler nicht vergessen. Unsere Alten und Invaliden haben sich durch ein Leben der Mühe und Arbeit das Recht auf einen sorgenlosen Lebensabend verdient. Wir sind uns auch der Verantwortung gegenüber unseren Kindern bewußt, deren Ernährung wir unsere besondere Sorgfalt zuwenden müssen. Für ihre Gesundheit und kräftige Entwicklung zu sorgen, ihre Schulen zu verbessern, heißt, für die Zukunft unserer Nation Sorge zu tragen. Wir freuen uns über die lebensbejahende Fröhlichkeit unserer Jungen Pioniere, über ihre fruchtbringende Arbeit und Unterstützung durch die Freie Deutsche Jugend.

Liebe Freunde! Unsere demokratische Regierung ist eine Regierung der Arbeit, die sich bewußt ist, daß sie ihre großen Aufgaben nur durch die Zusammenfassung aller friedliebenden, demokratischen und gutgewillten Kräfte erfüllen kann. So gehen wir auch in das neue Jahr hinein mit dem Willen, die Zusammenarbeit dieser Kräfte zu verstärken und damit auch die Voraussetzung für die Durchführung wahrhaft freier und demokratischer Wahlen im Oktober dieses Jahres zu schaffen. Wir wollen in unserer Demokratischen Republik Wahlen durchführen, die sich wesentlich von den Betrugswahlen im August dieses Jahres im Westen Deutschlands unterscheiden. Bei uns werden die Grundfragen der Sicherung des Friedens, der demokratischen Einheit Deutschlands, der Festigung der demokratischen Ordnung und des raschen Aufbaus unserer Friedenswirtschaft als die entscheidenden Fragen im Vordergrund stehen. Dabei werden wir es nicht zulassen, daß unsere Bevölkerung durch die Hetzpropaganda der imperialistischen Westmächte und ihrer deutschen Lakaien irregeführt wird. Nicht wie im Westen, wo die Parteien sich zur Freude ihrer imperialistischen Auftraggeber gegenseitig zerfleischen und die Bevölkerung über die wahren Pläne der Parteien getäuscht wird, werden wir handeln, sondern wir werden bei unseren Wahlen im Oktober dafür Sorge

tragen, daß durch die Wahlen eine neue Festigung der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland herbeigeführt wird. So wie die Deutsche Demokratische Republik durch die enge Zusammenarbeit aller Parteien und Massenorganisationen geschaffen wurde, so soll sie auch durch die weitere Zusammenarbeit immer mehr gefestigt und zu fruchtbarer Arbeit zum Wohle unseres Volkes weiterentwickelt werden.

Liebe deutsche Frauen und Männer! Liebe Jugend! Wir haben allen Grund, zuversichtlich und voll Vertrauen in das neue Jahr zu gehen. Es wird ein Jahr angespannter Arbeit, ein Jahr zähen Kampfes um den Frieden und unsere nationale Einheit werden. Es wird aber auch ein Jahr sein, das uns weitere Fortschritte, weitere Erfolge bringen wird, wenn alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte kameradschaftlich zusammen wirken. Wir können des Erfolges unserer Arbeit besonders deshalb gewiß sein, weil wir die Freundschaft des großen Landes des Sozialismus und seines genialen Staatsmannes, *Generalissimus Stalin*, gewonnen haben. Er hat uns die Versicherung gegeben:

„Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.“

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen, glorreichen Wege.“

Liebe Freunde!

Der Erfolg auf diesem neuen Wege, den wir beschritten haben, wird nicht ausbleiben, wenn wir voll Vertrauen in unsere eigene Kraft Hand an dieses Werk legen. In diesem Geiste wünsche ich Ihnen allen alles Gute und ein frohes Neues Jahr. Ich wünsche unserem Volke Frieden, Einheit und eine gute Freundschaft mit allen Völkern!

„Neues Deutschland“, Berlin,
1. Januar 1950.

Aktuelle Ratschläge Lenins für den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr

Zu Lenins 26. Todestage

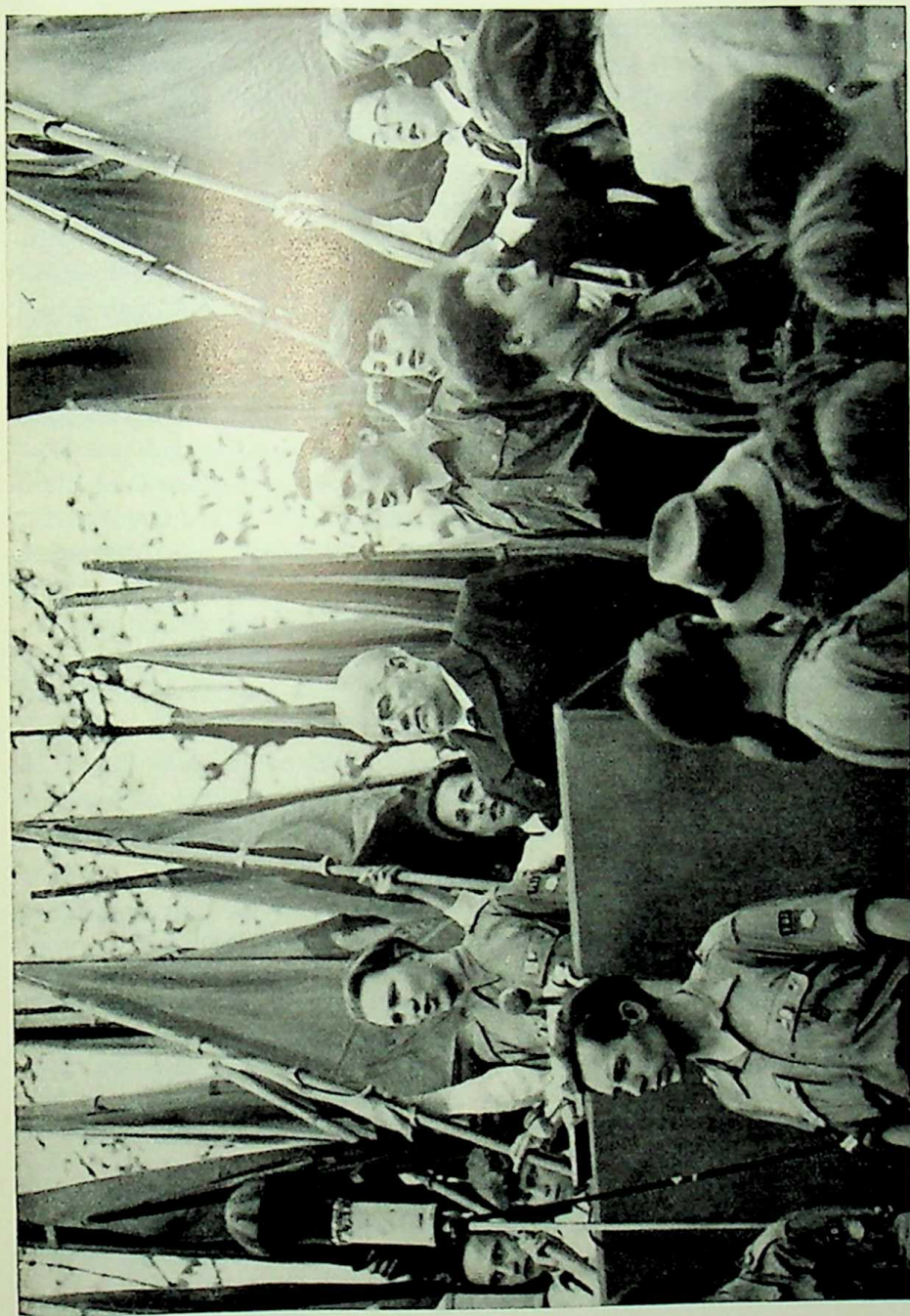
Im Jahre 1922 schrieb Lenin in seinen „Notizen zur Frage der Aufgabe unserer Delegation im Haag“:

„In der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Konferenz im Haag glaube ich, daß die größte Schwierigkeit in der Überwindung des Vorurteils besteht, daß diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei.“

In seinen weiteren Notizen findet sich dann das berühmte Wort, daß man den Leuten die reale Situation erläutern müsse, „wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird“.

Dieser Leninsche Rat und seine Mahnung an die Friedenskämpfer hat auch heute wieder aktuelle Bedeutung. Die imperialistische Welt hallt wider von den lügnerischen Versicherungen des anglo-amerikanischen Imperialismus, daß er den Frieden der Völker und die persönliche Freiheit des einzelnen verteidige. Der Marshallplan zur wirtschaftlichen Beherrschung aller anderen Länder wird als „Hilfsplan“ deklariert. Der Atlantikpakt zur Vorbereitung des neuen Angriffskrieges wird als „Verteidigungspakt“ ausgegeben. Die blutigen Feldzüge gegen die Völker Vietnams und Indonesiens werden als „Befriedung“, ja sogar als „Sicherung der nationalen Unabhängigkeit“ dargestellt.

Die tollsten Blüten treibt diese Verhüllung und Tarnung der wahren Kolonial- und Kriegspläne des anglo-amerikanischen Imperialismus aber in Deutschland. Machen wir uns nichts vor, für den einfachen Menschen ist es auch heute noch außerordentlich schwer, „das große Geheimnis“ zu durchschauen, mit dem der anglo-amerikanische Imperialismus und seine deutschen Helfershelfer ihre Kriegsvorbereitungen umgeben. Nicht jeder erkennt so ohne weiteres den engen Zusammenhang, der zwi-



Wilhelm Pieck eröffnet zum Deutschlandtreffen die Republik der Jungen Pioniere in der Wuhlheide am 24. Mai 1950

schen der Zerreißung Deutschlands, der reaktionären Politik in der sogenannten Bundesrepublik, dem Ruhr- und Besatzungsstatut und den anglo-amerikanischen Kriegsplnen besteht. Die Mitglieder unserer Partei und die Anhänger des Friedens und der Einheit Deutschlands zu dieser großen Aufgabe der Enthüllung des großen Geheimnisses, in dem der Krieg „geboren“ wird, zu befähigen erfordert mehr denn je, daß sie mit den Leninschen Lehren vom Imperialismus und Kampf gegen den Krieg vertraut gemacht werden.

Lenin und die Bolschewiki konnten ebendarum vom Ausbruch des ersten Weltkrieges an einen so folgerichtigen und erfolgreichen Kampf gegen den Krieg und für den Frieden führen, weil sie das um die Jahrhundertwende einsetzende neue Stadium der kapitalistischen Entwicklung, den Imperialismus, gründlich erforscht und richtig erkannt hatten und für die Partei der Arbeiterklasse alle sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zogen.

Heute kann sich in Deutschland niemand durch das Gestrüpp der anglo-amerikanischen Propaganda hindurchfinden und den klaren Blick für die Notwendigkeiten des Kampfes um den Frieden und die Einheit Deutschlands behalten, wenn er sich nicht über das Wesen des Imperialismus im klaren ist.

In seiner grundlegenden Arbeit: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ kommt Lenin zu der Feststellung:

„Die grundlegende Besonderheit des jüngsten Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbnde der Grounternehmer. Derartige Monopole sind am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden, und wir haben gesehen, mit welchem Eifer die internationalen Kapitalistenverbnde ihre Anstrengungen darauf richten, dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen, zum Beispiel Eisenerzlager oder Petroleumquellen usw. aufzukaufen. Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Gegner — bis zu der Zufälligkeit, daß der Gegner auf den Wunsch verfallen könnte, sich hinter ein Gesetz über das Staatsmonopol zu verschnzen. Je entwickelter der Kapitalismus, je fühlbarer der Rohstoffmangel, je akuter die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt ist, desto verzweifelter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien.“

Zweifellos ist dieser Eifer, „dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen“, eine der Haupttriebfedern der anglo-amerikanischen Kolonialpolitik gegenüber Westdeutschland. Neben anderen Zielen ist das der Sinn der Sicherheitsbehörde und des Ruhrstatuts, ganz zu schweigen von den offenkundigen Konkurrenzdemontagen. Man muß sich in dieser Hinsicht völlig frei machen von der alten, überholten Vorstellung, als könne eine solche Kolonialpolitik nur gegenüber „rückständigen“, „unerschlossenen“ Ländern betrieben werden. Lenin hat in der gleichen Arbeit schon im Jahre 1916 geschrieben:

„Es muß hinzugefügt werden, daß der Imperialismus nicht allein in den neu erschlossenen, sondern auch in den alten Ländern zu Annexionen, zur Steigerung der nationalen Unterdrückung und folglich auch zur Verstärkung des Widerstandes führt.“

Das Ruhrstatut, das die völlige Beherrschung der deutschen Wirtschaft ermöglicht, das Besatzungsstatut, das die politische Beherrschung Deutschlands sichert, die Beteiligung am Marshallplan, die die Finanzen und den Export Deutschlands in die Hand des amerikanischen Imperialismus gibt, sowie die Infiltrierung der amerikanischen Kulturbarbarei — alles das ist Ausdruck dieser Kolonialpolitik gegenüber einem so „alten Land“ wie Deutschland, das selbst ein Hort des aggressivsten Imperialismus war. Erst in diesen Tagen haben die Deutschlandreise des französischen Außenministers Schuman und die Erklärung des amerikanischen Außenministers Acheson mit der Sanktionierung der Losreißung des Saargebiets den Beweis für die Richtigkeit der These Lenins geliefert, daß der Imperialismus „auch in den alten Ländern . . . zu Annexionen, zur Steigerung der nationalen Unterdrückung . . . führt“. In dieser Tatsache liegt aber zugleich die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller antiimperialistischen, friedliebenden Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begründet.

In dieser für Deutschland neuen Situation ist es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Partei, zur aktivsten, vorwärtstreibenden Kraft des nationalen Widerstandes zu werden. Die alten Kräfte des deutschen Monopolkapitals sind zu dieser nationalen Aufgabe des Kampfes um die Unabhängigkeit

Deutschlands nicht imstande. Für die Lage eines großen Teiles der Bourgeoisie in Westdeutschland in ihrem Verhältnis zum anglo-amerikanischen Imperialismus kann — mit gewissen Vorbehalten — die Kennzeichnung gelten, die Lenin im „Imperialismus“ von der Herrschaft des Finanzkapitals gab:

„Auf der einen Seite die gigantischen Dimensionen des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals, das sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich nicht nur die mittleren und die kleinen, sondern selbst die kleinsten Kapitalisten und Besitzer unterwirft; auf der andern Seite der verschärfte Kampf mit den anderen nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Verteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder — all das führt zum allgemeinen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. „Allgemeine“ Begeisterung für seine Perspektiven, wütende Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise — das ist das Zeichen der Zeit.“

Diese „wütende Verteidigung des Imperialismus“ nimmt heute in Deutschland die Form des wütenden Kampfes gegen alle demokratischen Reformen an, die zu einer echten Entnazifizierung und Entmilitarisierung, zu einer echten Demokratisierung Westdeutschlands führen könnten. Selbst die größten Schandtaten des anglo-amerikanischen Imperialismus, wie die Sprengung der Viermächtekonferenzen und die Vereitelung eines Friedensvertrages, wie das Ruhr- und das Besatzungsstatut, wie die Konkurrenzdemontagen und selbst das Gangstertum amerikanischer Besatzungstruppen, werden in jeder nur möglichen Weise beschönigt. Ja, die reaktionären deutschen Kräfte gehen so weit, sich im Kampf des amerikanischen Imperialismus um die „Verteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder“ auf seine Seite zu schlagen und die Wiederaufrüstung und erneute Militarisierung Westdeutschlands zu betreiben. Sie sind bereit, Westdeutschland zum Aufmarsch- und Rekrutierungsgebiet für den Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die Volksdemokratien und gegen den demokratischen Osten Deutschlands zu machen und zu diesem Zweck der sogenannten Westunion und dem Atlantikpakt beizutreten. Sofern die Nationale Front des demokratischen Deutschland dieser antinationalen